



11. Stadtratsprotokoll / 11^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 20. September 2018, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 20 septembre 2018 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Diop Mamadou, Fischer Pascal, Francescutto Luca, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Kaufmann Stefan, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiher Max

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Augsburger-Brom Dana, Grupp Christoph, Känzig Urs, Roth Myriam, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées.....	Seite/Page
161. Fraktionserklärung	425
162. Genehmigung der Traktandenliste	426
163. Mitteilungen Stadtratsbüro	427
• Abrechnung in der Kompetenz der GPK:	427
164. Protokollgenehmigungen	427
165. Ersatzwahl in die Spezialkommission Totalrevision Stadtordnung (RSO)	428
166. 20180046 Projekt für eine neue Website der Stadt Biel / (Digitalstrategie) / Verpflichtungskredit	428
167. 20180181 Leistungsvereinbarung 2019–2022 zur jährlichen Durchführung des Internationalen Schachfestivals Biel.....	442
168. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180282 Christiane Vlaiculescu-Graf, PSR, "Energiepolitik der Stadt Biel"	445
169. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20180283 Pascal Bord, PRR, Glenda Gonzalez, PSR, Dana Augsburger-Brom, SP, Stefan Kaufmann, FDP, Olivier Wächter, UDC, Myriam Roth, Les Verts, "Die Nachhaltigkeit des Bieler Modelles im Bereich der professionellen Ausbildung durch Immersion gewährleisten"	445
170. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180284 Olivier Wächter, UDC, "Finanzielle Unterstützung des Lakelive Festivals durch die Stadt Biel".....	446
171. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20180286 Anna Tanner, SP, Glenda Gonzalez, PSR, Reto Gugger, BDP, Max Wiher, GLP, Cécile Wendling, FDP, Lena Frank, Grüne, (Kulturgruppe) "Zustupf für den Chessu-Umbau"	446
172. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180285 Mamadou Diop, Groupe PSR "Wann werden die Bieler Schüler und Schülerinnen mit Tablet-Computern ausgerüstet werden?"	446
173. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20180287 Daniela de Maddalena, Fraktion Grüne, Muriel Günther, SP, Peter Heiniger, PdA, Glenda Gonzalez, PSR "Anpassung Toilettenanlage Strandboden an heutige Bedürfnisse"	446
174. 20180219 Ablösung der bestehenden Einwohnerkontrolle (EWK) durch das Standardprodukt NEST / Verpflichtungskredit.....	447
• Ordnungsantrag.....	453
175. Dringliche überparteiliche Motion 20180089, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP, «Unterhaltszulage pro Kind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter»	458
176. Interpellation 20170355, Maurice Rebetez, Fraktion PSR, «"Nuits blanches" – glänzende Idee?»	462
177. Interpellation 20170393, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Langzeit-Sozialhilfebezüger in Biel»	463
178. Interpellation 20180036, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Sanktionen bei fehlender Kooperation»	464
179. Dringliche Interpellation 20180120, Titus Sprenger und Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Revision der Stadtordnung: Volksbefragung zum Doppelmandat- Verbot»	464
180. Motion 20180035, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Bau einer Velo- und Fussgängerunterführung an der Madretsch-/Mettstrasse (Umsetzung der angenommen Motion aus dem Jahr 1986)»	466

181. Postulat 20180069, Martin Scherrer, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «City Tree für Biel?»	468
182. Neueingänge.....	472

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Guten Abend meine Damen und Herren, ich begrüsse Sie zur 11. Stadtratssitzung in diesem Jahr.

Speziell begrüsse ich ein neues Stadratsmitglied. Per Ende August ist Frau Judith Schmid zurückgetreten. Ihren Platz nimmt Peter Heiniger ein. Heissen wir ihn herzlich willkommen. Ich wünsche ihm alles Gute und viel Freude bei der Ausübung seines Amtes. (*Applaus*)

Ich mache die Gäste auf der Tribüne darauf aufmerksam, dass Traktandum 20180089 dringliche überparteiliche Motion Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP "Unterhaltszulage pro Kind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" voraussichtlich erst nach der Pause behandelt wird.

Auf Ihren Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zum Geschäft 20180046 «Projekt neue Website der Stadt Biel (digitale Strategie) / Verpflichtungskredit» (blaues Blatt)
- Änderungsantrag der Fraktion GLP zum Geschäft 20180046 «Projekt neue Website der Stadt Biel (digitale Strategie) / Verpflichtungskredit» (grünes Blatt)
- Änderungsantrag Sprenger / Bohnenblust zum Geschäft 20180046 «Projekt neue Website der Stadt Biel (digitale Strategie) / Verpflichtungskredit» (weisses Blatt)
- Rückweisungsantrag der Fraktion GLP/Passerelle zum Geschäft 20180219 «Ablösung der bestehenden Einwohnerkontrolle (EWK) durch das Standardprodukt NEST / Verpflichtungskredit» (oranges Blatt)
- Änderungsantrag Sprenger / Bohnenblust zum Geschäft 20180219 «Ablösung der bestehenden Einwohnerkontrolle (EWK) durch das Standardprodukt NEST / Verpflichtungskredit» (weisses Blatt)
- Budget 2019 / Finanzplan 2020 – 2022 / Begründung und Umschreibung der Abweichungen
- Flyer «Besser zu Fuss» der Passerelle

Auf dem Tisch des Weibels liegt folgende Unterlage auf:

- Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (Nr. 2, September 2018)

Bevor wir zur Genehmigung der Traktandenliste kommen, wird Herr Scheuss für die Fraktion Grüne eine Fraktionserklärung abgeben.

161. Fraktionserklärung

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Ich spreche hier auch für die Fraktionen SP/JUSO, PSR, GLP sowie für Passerelle und PdA. Sie alle sind die Urhebenden des Postulats für den Variantenvergleich «Westast so besser!» mit dem offiziellen Ausführungsprojekt. Am 31. August 2018 hat der Regierungsrat des Kantons Bern den technischen Vergleich des Ausführungsprojekts A5-Westumfahrung Biel mit der Alternatividee des Komitees "Westast - so nicht!" präsentiert. Der (fast einstimmig) überwiesene Auftrag des Grossen Rats soll erfüllt werden, indem der Vorschlag

«Westast so besser!» (ohne Autobahnanschlüsse mitten in der Stadt) einem Faktencheck unterzogen wird. Aus Sicht des Regierungsrates weist die Alternatividee gegenüber dem Ausführungsprojekt Nachteile auf. Gleichzeitig hat der Regierungsrat aber auch erklärt, dass die Verantwortlichen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) nicht bereit sind, eine neue Planung zu finanzieren. Im Anschluss führte der zuständige Regierungsrat verschiedene öffentliche und nicht-öffentliche Dialogrunden durch. Die letzte Diskussion fand am Montag, 17. September 2018, in Nidau statt. Was in diesen letzten, knapp drei Wochen passiert ist unerhört und inakzeptabel! Es ist ein Affront sondergleichen und der Kanton hat nicht nur eine, sondern vier Ohrfeigen ausgeteilt: Eine für das Komitee "Westast - so nicht!", denn der Bericht ist nichts weiter als eine einseitige, grafisch aufbereitete Zusammenfassung von Fachberichten, die bereits Anfang 2018 vorlagen. Freundlich ausgedrückt handelt es sich hierbei um Politmarketing. Zahlreiche Aussagen sind falsch und in der Zusammenfassung werden Ergebnisse aus den Fachberichten unterschlagen, die für die Alternative sprechen würden. Das Komitee "Westast - so nicht!" wird dem Stadtrat eine Berichtigung der grössten Fehler zukommen lassen. Der Bericht ist ferner eine Ohrfeige für die französischsprachige Bevölkerung der Stadt Biel, denn wieder waren die Unterlagen nur auf Deutsch erhältlich und, ausser der bereits erwähnten, völlig einseitigen Zusammenfassung, sind auch die Fachberichte nach wie vor nur auf Deutsch vorhanden. Eine weitere Ohrfeige zielt auf die gesamte Bevölkerung, denn es gibt nichts Antidemokratischeres als zu entscheiden und danach Diskussionen und Dialogrunden zu führen und damit bei den Menschen den Eindruck zu erwecken, sie hätten noch etwas zu sagen. Schliesslich wurden auch wir, der Bieler Stadtrat, geohrfeigt. Der Stadtrat hat am 17. Mai 2018 mit grosser Mehrheit verlangt, dass er einen umfassenden (und nicht nur einen technischen) Variantenvergleich möchte und dass dazu ein, von neutraler Seite, moderierter Prozess unter Einbezug der interessierten Kreise durchgeführt werden soll. Dafür hat sich auch der Gemeinderat eingesetzt. Den Kanton hat das aber nicht gekümmert.

Wir dürfen uns dieses Vorgehen nicht gefallen lassen! Wir fordern den Gemeinderat auf, sich mit dem Stadtrat im Rücken, weiterhin für ein korrektes, von unabhängiger Seite durchgeführtes Vorgehen beim Vergleich der Varianten einzusetzen. Die verkehrlichen, städtebaulichen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Aspekte sind gleichermassen zu berücksichtigen und abzuwägen. Es braucht keinen Westast! «Westast so besser!» ist ein Kompromiss, der uns vor zwei Autobahnanschlüssen mitten in der Stadt bewahren soll. Ich bitte Sie schon jetzt zu notieren, dass am 3. November 2018 die zweite Demo gegen die beiden Autobahnanschlüsse auf Stadtgebiet durchgeführt wird. Biel wird wieder laut und das ist gut so!

162. Genehmigung der Traktandenliste

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Aufgrund des Rücktritts von Judith Schmid, PdA, muss auch ihr Sitz in der Spezialkommission zur Revision der Stadtordnung (RSO) neu besetzt werden. Da diese Kommission demnächst wieder tagt, haben die Fraktionspräsidien beschlossen, diese Ersatzwahl nachzutraktandieren. Ich schlage vor, dass die Wahl nach der Genehmigung des Protokolls erfolgt. Ausserdem wurde gewünscht, dass die Behandlung des überparteilichen Postulats 20180072, Urs Känzig, Grüne, Levin Koller, JUSO, Julien Stocker, GLP, "Grossveranstaltungen in Biel: mit einer Wegleitung die Organisatoren

unterstützen" und das dringliche, überparteiliche Postulat 20180193, Dana Augsburg-Brom, SP, Muriel Günther, SP, Michelle Beriger, Grüne, Judith Schmid, PdA, "Wiederinbetriebnahme der öffentlichen Toiletten" auf die nächste Sitzung verschoben wird. Wird zu diesen Anpassungen der Traktanden eine Abstimmung gewünscht?

Koller Levin, JUSO: Ich würde gerne auch das überparteiliche Postulat 20180073, Urs Käzlig, Grüne, Levin Koller, JUSO, Julien Stocker, GLP, "Mehr Natur in der Stadt mit Citizen Science?" verschieben. Herr Käzlig als Miturheber dieses Vorstosses ist heute nicht hier, deshalb mein Antrag um Verschiebung.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Gibt es noch Bemerkungen dazu? Das ist nicht der Fall.

Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung stillschweigend genehmigt.

163. Mitteilungen Stadtratsbüro

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Das Stadtratsbüro hat die Praxis im Umgang mit Vorstössen angepasst. Das Verfahren musste präzisiert werden, da Fragen zum Vorgehen aufgrund der Beurteilung der überparteilichen Motion 20170381 «Internes Kontrollsystem für die Stadt Biel» aufgetaucht sind. Im Moment wird das Dokument noch übersetzt, sobald aber die Bearbeitung abgeschlossen ist, werden die Erläuterungen dem Stadtrat elektronisch zugestellt. Ferner informiere ich Sie, dass der Stadtrat (stellvertretend für die Stadt Biel) von Prof. Dr. Schweizer verklagt wurde. Letzterer ist mit seinem Expertenonorar für die Sonderprüfung zur Administrativuntersuchung in der Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) nicht einverstanden. Seitens des Stadtrats (GPK) wurde ein Anwalt mit der Interessenwahrung beauftragt.

Abrechnung in der Kompetenz der GPK:

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 13. September 2018 die folgende **Abrechnung** des Verpflichtungskredits der Direktion Bau, Energie und Umwelt **in eigener Kompetenz und einstimmig genehmigt:**

- 20120208 Kongresshaus Biel / statische Untersuchung / Sanierung Schrägwand und Erneuerung Beleuchtung

164. Protokollgenehmigungen

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Sie haben die Protokolle 14 und 15 vom 15. und 16. November 2017 erhalten. Dazu liegt eine Korrektur von Herrn Paronitti vor.

Klemmer Regula, Secrétaire parlementaire: Monsieur Paronitti demande la correction suivante dans son intervention faite à la page 603 du procès-verbal n° 14 du 15 novembre 2017: [...] *Le Conseil municipal ne joue jouerait pas le jeu en voulant maintenir ses trois représentant(e)s alors qu'ils n'ont pas forcément le temps d'être toujours les trois présents et parce qu'ils ne participeraient pas aux travaux des différentes commissions du CAF.* [...]

Die Protokolle Nrn. 14 und 15 werden mit dieser Korrektur stillschweigend genehmigt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: wir kommen nun zur Ersatzwahl für die Spezialkommission RSO.

165. Ersatzwahl in die Spezialkommission Totalrevision Stadtordnung (RSO)

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Als Nachfolger von Judith Schmid in der Spezialkommission RSO schlägt die JUSO Miro Meyer vor. Judith Schmid wurde an der Stadtratssitzung vom 16. März 2017 als Vertretung der PdA sowie der JUSO in die RSO-Kommission gewählt. Dieser Sitz war damals explizit als PdA/JUSO-Sitz gedacht, um eine Vertretung der Linksparteien in der Kommission zu gewährleisten und die Sitzgewinne dieser Parteien entsprechend ihrem Wahlerfolg abzubilden. Die Zusammenarbeit mit Judith Schmid in den letzten anderthalb Jahren war gut. Sie hat uns stets über die Aktivitäten in der Kommission informiert. Den Rücktritt von Judith Schmid bedauern wir. Er ermöglicht nun aber, den Sitz für die restliche Legislatur für die JUSO zu wahren. Deshalb schlägt die JUSO Miro Meyer als Ersatz für Judith Schmid vor. Miro Meyer ist sehr motiviert in der RSO-Kommission mitzuarbeiten. Nach anderthalb Jahren im Stadtrat hat er die Abläufe sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen kennengelernt und ist bereit für dieses Amt. Miro Meyer ist seriös und kompetent, auch scheut er nicht davor zurück, Vorschläge der städtischen Regierung zu kritisieren, wenn er diese für falsch hält. Wir von der JUSO sind überzeugt, dass er der richtige Kandidat für diese wichtige Kommission ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, unseren Wahlvorschlag zu unterstützen und Miro Meyer zu wählen. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt diese Kandidatur.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion SP/JUSO wird gewählt:

Miro Meyer (JUSO)

166. 20180046 Projekt für eine neue Website der Stadt Biel / (Digitalstrategie) / Verpflichtungskredit

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Zum vorliegenden Verpflichtungskredit liegt ein Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen vor über den der

Stadtrat vorab diskutiert und abstimmt. Anschliessend wird bei allfälligem Eintretensbeschluss das Geschäft detailliert beraten.

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion entre en matière et ne demande pas le renvoi de l'affaire. Je vais donc prendre la parole au moment des débats de l'affaire.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Als Sprecher für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen vertrete ich den Rückweisungsantrag. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen sieht durchaus den Bedarf für eine neue Webseite. Das Geschäft ist jedoch in der vorliegenden Form ungenügend aufbereitet und kostet zu viel. Der Gemeinderat will für das CMS (Content-Management-System) rund CHF 1 Mio. ausgeben. Gemäss unserer Recherche entspricht dies ungefähr dem Betrag, den die Stadt Bern dafür aufwendete. Die Stadt Bern ist jedoch deutlich grösser und verfügt über mehr finanzielle Mittel als die Stadt Biel. Vergleichbare Städte geben für einen neuen Webauftritt nur rund CHF 500'000 aus. Danach müsste sich die Stadt Biel ausrichten!

Die Vorlage birgt grosses Sparpotential. CHF 140'000 für Fotos und Filme? Da lässt sich doch einiges einsparen! Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen erschliesst sich nicht, warum die Stadt Biel so viel Geld für neue Bilder und Filme ausgeben will, wenn auf bestehendes Material zurückgegriffen werden kann. Warum sollen überhaupt Filme anstelle von Fotos publiziert werden? Filme sind "nice to have" aber nicht notwendig! Unverständlich ist ferner, warum ein Auftrag von CHF 140'000 direkt vergeben wurde ohne zumindest ein Einladungsverfahren durchzuführen. Schliesslich sind mehrere Agenturen in der Lage, solche Dienstleistungen zu erbringen. Den Auftrag einfach einer bereits bekannten Agentur zu vergeben, geht für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nicht in Ordnung. Weiteres Sparpotential ortet unsere Fraktion beim CMS. Der Gemeinderat macht aus einem CMS eine "aufgeblasene Hexerei". 240 Kriterien sind derart viele, dass bei einem Einladungsverfahren die Hälfte aller Anbietenden nicht einmal ein Angebot einreichen würde. Der Aufwand für die Anbietenden ist angesichts des Kostenrisikos viel zu hoch. In meiner beruflichen Tätigkeit habe ich oft mit IT-Projekten zu tun. Der Auftrag wird häufig an die eigene IT-Abteilung vergeben. Diese erfragt dann bei den verschiedenen Abteilungen die genauen Bedürfnisse. Am Schluss liegt ein umfangreicher Wunschkatalog vor und die Kosten explodieren. Deshalb wird heute vielfach ein "Design-to-cost" definiert, das heisst, es wird ein Kostendach vorgegeben und eruiert, was wirklich zwingend notwendig ist. Anschliessend wird das neue Informatikprojekt aufgrund der zwingend notwendigen Kriterien entwickelt und, falls die Kosten dies zulassen, durch zusätzliche Vorgaben ergänzt. CHF 240'000 für ein CMS sind aber viel zu viel. Generelles Sparpotential ergäbe sich auch aus einer Reduktion der publizierten Seiten. Ein Internetauftritt mit 900 Seiten ist sehr umfangreich. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist überzeugt, dass die Anzahl Seiten reduziert werden könnte. Schliesslich müssen die einzelnen Seiten alle bewirtschaftet und aktualisiert werden, was wiederum einen zusätzlichen Aufwand erfordert. Das bringt mich zum nächsten Punkt: Zur Übersicht der Finanzierung gehören auch die voraussichtlichen Betriebskosten. Diese beinhalten nicht nur die Abschreibungen, sondern auch die Lizenzkosten, den Support, die Aktualisierung der Inhalte etc. wie in unserem Rückweisungsantrag unter Ziffer 3 aufgeführt. Als letzten Punkt geht es um den Einbezug des Datenschutzbeauftragten. Die Stadt Biel hat die Pflicht, für solche Projekte den Datenschutzbeauftragten der Stadt einzubeziehen. Das ist bislang nicht erfolgt. Der Zeitpunkt für den Einbezug des Datenschutzbeauftragten ist rechtlich nicht

vorgeschrieben. Verlangt er jedoch Änderungen, ist die Stadt Biel verpflichtet, diese umzusetzen. Die daraus entstehenden Kosten trägt die Stadt Biel und nicht der Datenschutzbeauftragte. Deshalb ist er so früh wie möglich miteinzubeziehen, spätestens aber bevor die Vorlage dem Stadtrat vorgelegt wird. **Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zu unterstützen. Das Geschäft 20180046 «Projekt neue Website der Stadt Biel (digitale Strategie) / Verpflichtungskredit» wird mit folgendem Auftrag an den Gemeinderat zurückgewiesen:**

1. **Der Gemeinderat hat die Gesamtkosten für das Vorhaben um mindestens 30% zu senken und eine Vorlage mit Gesamtkosten von maximal CHF 660'100.-- (inkl. Mwst) vorzulegen.**
2. **Die Vergabe des Auftrags für die Bilder und Videos mindestens per Einladungsverfahren zu vergeben.**
3. **Der Gemeinderat hat die Betriebskosten für Website inkl. Aufwand für die Aktualisierung der Inhalte der Website und Umsetzung der Social-Media-Strategie offen auszuweisen.**
4. **Der Gemeinderat hat den Datenschutzbeauftragten der Stadt Biel in das Projekt einzubeziehen.**

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Ich habe ein paar Bemerkungen dazu, weshalb die Fraktion FDP den Rückweisungsantrag nicht unterstützt:

1. Die im Rückweisungsantrag geforderte Reduktion der Gesamtkosten um 30% erscheint uns erstens unsicher und zweitens wissen wir nicht, was wir mit 30% Einsparungen noch bekommen. Die Fraktion FDP geht davon aus, dass dieses Projekt von der Stadtverwaltung gründlich abgeklärt wurde.
2. Was das CMS angeht: Ein gutes CMS kann die Abläufe verschlanken. Es ist durchaus sinnvoll, in ein gutes CMS zu investieren und sich nicht für eine Open Source-Lösung zu entscheiden, bei der bei den Updates ständig nachgeschult werden muss, was immer wieder zu Schwierigkeiten führt.
3. Was den Betrieb angeht: Die Website wird bereits heute von der Stadt laufend unterhalten und aktualisiert. Dieser Aufwand ist nicht neu. Kosten können dort auf andere Weise gespart werden.

Sollte der Rückweisungsantrag abgelehnt werden, kann der Stadtrat später über Kosteneinsparungen sowie der Daten- und Informationssicherheit diskutieren und Änderungen im Beschlussesentwurf vornehmen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le crédit d'engagement est important. Il faut donc traiter ce dossier de manière sérieuse et factuelle et pas de manière émotionnelle. Le système de gestion du contenu (CMS) est un élément central qui permettra une automatisation de certaines opérations demandant au personnel énormément de travail manuel, qui est également pas du tout orienté vers le client. Je pense, en particulier, à la vente des cartes de parking qui demandent des opérations postales. Les personnes qui connaissant le processus savent que cela est digne du Moyen Âge. Je pense également à la publication des annonces relatives aux logements vacants de la Ville, qui doit être réalisée manuellement chaque semaine par des collaborateurs et collaboratrices, ce qui engendre des coûts de publication en plus. Sans toucher au site lui-même, les liens avec le CMS devraient de toutes façon être construits et ceci serait très onéreux. Le seul point qui pourrait éventuellement être réduit serait les imprévus et les réserves d'environ 10% (79'598 fr.). Toutefois, je préfère avoir l'honnêteté de voir cette réserve figurer en tant que telle afin de ne pas avoir, comme trop souvent, des

demandes de crédits additionnels. L'état actuel du site est dépassé et un travail de fond doit être fait. Bienne, Ville de l'avenir, ne peut pas se contenter d'un site du passé. Il est la carte de visite pour les nouveaux habitant(e)s et le point de contact avec la population, qui mérite des services correspondants au niveau d'une ville comme Bienne. Malgré le montant conséquent, le Groupe PRR est pour le progrès et le développement et soutient cet investissement.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR pense que cet investissement est très conséquent pour notre Ville. Comme cela a déjà été évoqué, il est important pour l'image mais également pour l'usage. À ce titre, afin de ne pas répéter un certain nombre d'éléments qui ont déjà été cités, j'aimerais revenir sur deux aspects sur lesquels notre groupe souhaiterait également avoir des clarifications par la suite et rendre le Conseil municipal attentif. Le nouveau site supposera également une remise à neuf et une nouvelle rédaction d'un certain nombre de contenu. Les ressources nécessaires ont-elles été prises en compte dans le budget présenté ce soir? Une surcharge de travail pour les équipes responsables de l'édition des contenus est-elle prévue? Notre autre demande concerne la sensibilité de la population biennoise. Vous avez tous vu sur les réseaux sociaux la remarque suivante: "*Un million pour un site, c'est effarant!*". Comment voulez-vous que la population réagisse autrement si la communication consiste à dire que ce nouveau site sera formidable et interactif et qu'il coûtera 1 mio. fr. Je pense effectivement qu'il y a un déficit de communication avec la population. Les membres du Conseil de ville ont pu obtenir des informations lors des séances d'informations auxquelles ils ont été invité. Il est donc vraiment nécessaire de centrer la communication sur les besoins et attentes des biennois(es) et non pas sur ceux de l'Administration. C'est mon avis, mais je sais qu'il est partagé par bon nombre de citoyens et citoyennes. Il suffit de consulter les pages Facebook et les lettres de lecteurs dans la presse. Le Groupe PSR souhaite rendre attentif le Conseil municipal aux sujets liés au personnel et à sa charge de travail, mais aussi à la communication à améliorer par rapport à la population biennoise. Le Groupe PSR soutient ce projet, qui j'espère fera entrer Bienne dans une ère plus interactive entre la population et son administration.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Vorab, auch die Fraktion Grüne wird den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Das Projekt wirft jedoch Fragen auf. Wie im Rückweisungsantrag erwähnt, werden im Bericht des Gemeinderats die internen Folgekosten nicht ausgewiesen. Das ist für die Fraktion Grüne jedoch zwingend notwendig. Eine Website will à jour gehalten werden und muss betreut werden. Diese Arbeit des städtischen Personals gehört ausgewiesen! Die Fraktion Grüne hat dem Gemeinderat dazu Fragen gestellt und erwartet zu den internen Kosten noch eine Antwort. Zudem wird der Datenschutz tatsächlich zu wenig ernst genommen, wie ebenfalls im Rückweisungsantrag erwähnt. Auch dazu hat die Fraktion Grüne dem Gemeinderat Fragen gestellt, die er zufriedenstellend beantworten konnte. Heute liegen dem Stadtrat zwei IT-Geschäfte vor. Zwangsläufig ergeben sich daraus Fragen wie, ob eine umfassende digitale Strategie existiert und wie die Projekte dort eingebettet wurden. Der Gemeinderat führt aus, dass noch keine definitiv niedergeschriebene digitale Strategie verabschiedet wurde, verweist aber auf die im Projekt erwähnte Social-Media-Strategie und auf die Newsletter-Strategie, die offenbar umfassend sein sollen. Für die Fraktion Grüne ist wichtig, dass mit der neuen Software künftige Bedürfnisse abgedeckt werden können. Allerdings ist es heute schwierig, die künftigen Bedürfnisse festzustellen. Die städtische Website ist fünfzehn Jahre alt. Die Entwicklung im IT-Bereich in den letzten Jahren war tiefgreifend. Können künftige

Bedürfnisse heute überhaupt vorausgesehen werden? Nichtsdestotrotz wird die Fraktion Grüne, ohne grosse Fans dieses Projekts zu sein, den Rückweisungsantrag nicht unterstützen.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO wird den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Über die Kosten des vorliegenden Geschäfts wurde in der Fraktion SP/JUSO lange diskutiert. Für viel Geld soll jedoch eine einladende, gute Website entstehen. Die Fraktion SP/JUSO schliesst sich den Äusserungen der VorrednerInnen der Fraktionen Grüne und FDP an. Wir sind der Meinung, dass ein gut funktionierendes CMS für eine Website unabdingbar ist.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Der Rückweisungsantrag weist einen Mangel auf: Er kommt von der Fraktion SVP/Die Eidgenossen. Damit wird es schwierig, über den eigenen Schatten zu springen. Abgesehen davon, entspricht er mir sehr. Ich erinnere an dieser Stelle an die NHS-Debatte (Nachhaltige Haushaltssanierung) im Stadtrat und wie um einige wenige Franken gerungen wurde für Schwanenkolonie, Tierpark, Tierschutz, Skilager... Hier wird jetzt einfach viel Geld ausgegeben. Wir haben alle gerne eine schöne Website und wissen, dass sie erneuert werden muss. Es braucht ein neues CMS. Deshalb ist die Frage nach den Kosten und möglichen Einsparungen berechtigt. Einsparungen von 30% sind sportlich aber nicht unmöglich, davon bin ich überzeugt. Dass für neues Bild- und Videomaterial ein Einladungsverfahren erfolgen sollte, ist selbstverständlich in Ordnung. Bei einer Investition von CHF 140'000 für Videomaterial muss aber die Frage nach dessen Nutzen erlaubt sein. Ich erinnere daran, dass die Stadt Biel eine Verwaltung ist und kein Tourismusbüro. Vielleicht würden tatsächlich Fotos auch genügen. Im Bericht fehlen die Betriebskosten. Eine Website die immer à jour ist, muss ständig gepflegt werden und zwar sowohl inhaltlich als auch technisch. Offensichtlich wurde dies in der Vergangenheit stiefmütterlich gehandhabt. Dieser Punkt ist aber relevant. Zum Datenschutz muss ich gar nicht mehr sprechen. Auch dieser ist äusserst relevant. Ich unterstütze daher für einmal den Rückweisungsantrag, auch wenn er von der Fraktion SVP/Die Eidgenossen stammt...!

Suter Daniel, PRR: Je prends la parole en mon propre nom afin d'abonder dans le sens de ma préopinante. C'est toujours un peu la même rengaine dans les crédits d'engagement de la Ville car cette dernière ne se prive de rien. La Ville de Bienne acquiert le meilleur, que ce soit dans le domaine de la construction, dans celui des routes et ici dans l'aménagement d'un site internet et le financement ne semble pas jouer de rôle. C'est l'impression que j'ai et qui se confirme dans ce dossier aussi. J'estime que la Ville n'a pas besoin d'un site internet clinquant avec des shows et des vidéos! Je ne pense pas qu'un site internet consiste à amuser le public et je ne crois pas que ce genre de site va augmenter ou corriger l'image de la Ville. La population a besoin d'un site internet fonctionnel où il est possible d'aller chercher des informations concernant l'Administration. Il doit être bien structuré, tout en présentant un côté moderne sur le plan graphique. Toutefois, je refuse l'affirmation qui figure dans le rapport, qui estime que le site actuel est vétuste. Non, il est fonctionnel et pas désagréable à regarder. Donc, j'émet des réserves concernant ce projet de nouveau site internet, mais il est vrai que sur le plan technique, un ajustement se justifie par l'installation d'un nouveau CMS. Ce dernier implique manifestement une migration, mais là encore, il serait possible de donner plus de temps pour faire le travail, sans nécessairement charger une entreprise externe. À mon avis, avec cette proposition, l'investissement serait moindre et je pense que la proposition du Groupe UDC/Les Confédérés semble raisonnable.

Effectivement, le site internet existait déjà et les frais d'entretien aussi. Depuis peu, la Ville de Bienne peut compter sur un Service central d'information, qui est bien doté, avec une déléguée à la communication, qui travaille à la Mairie. J'attends les explications du Maire à ce sujet. Il m'a été dit que l'entretien du CMS doit aussi être garanti, mais je ne serai pas aussi sévère que l'UDC. En ce qui concerne la protection des données, le Conseil de ville ne demande pas au Conseil municipal d'informer le Délégué à la protection des données. C'est une obligation légale et cela paraît logique que le Conseil municipal soumette ces informations au Délégué à la protection des données après l'élaboration du projet. Pour le principe d'un renvoi pour obtenir une offre amoindrie, je vous encourage à suivre la demande du Groupe UDC/Les Confédérés.

Brunner Thomas, EVP: Ich mache nur eine kleine Rechnung als Ergänzung: 10% der eingerechneten Reserve und CHF 150'000 für nicht zwingend notwendige Filmkosten abgezogen von den Gesamtkosten, ergeben bereits CHF 200'000 von den geforderten Gesamteinsparungen in der Höhe von CHF 300'000. Ich mache deshalb dem Stadtrat daher beliebt, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat hat selbstverständlich Verständnis dafür, dass bei einem Betrag von nahezu CHF 1 Mio. eine ernsthafte und fundierte Diskussion geführt wird. Einige der heute Abend vorgebrachten Argumente sind jedoch leider nicht so fundiert. Auf diese gehe ich später ein. Die Rückweisungsdebatte wurde mit Argumenten einer Eintretensdebatte vermischt. Ich gehe dennoch auf alle Äusserungen ein. Falls der Rückweisungsantrag abgelehnt wird wie der Gemeinderat empfiehlt, vermögen meine Antworten vielleicht die nachfolgende Eintretensdebatte abzukürzen... Der Betrag von CHF 943'000 für einen attraktiven digitalen Auftritt der Stadt Biel für ungefähr die nächsten 10 Jahre ist einerseits substantiell, andererseits hält er sich jedoch durchaus im Rahmen. Werden Kostenvergleiche angestellt, ist es wichtig, genau hinzuschauen, was diese beinhalten. Ein neuer Internetauftritt kann viel heissen: Von einem neuen Design der Homepage über neue Inhalte bis zu einem vielschichtigen Projekt, wie das vorliegende. Der Gemeinderat hat sich entschieden, das ganze Paket auf den Tisch zu legen. Mit einer "neuen Internetseite" zu beginnen, Inhalte später bereitzustellen und die Filme erst in einem Jahr mit einem separaten Kredit in der Kompetenz des Gemeinderats zu beschliessen, erschien uns weder fair noch gerecht. Der Stadtrat hat insofern zurecht festgestellt, dass das Projekt sachlich aufgeteilt werden kann. Der Gemeinderat ist jedoch überzeugt, dass ein solches Vorgehen für einen modernen Internetauftritt nicht sinnvoll wäre.

Festzuhalten ist, dass nicht nur ein neuer Internetauftritt gestaltet werden soll, sondern eine neue Social Media-Strategie definiert wird. Der Partner der Stadt Biel, Campfire, wurde in einem Einladungsverfahren mit dem Auftrag betraut und nicht, wie von Herrn Scherrer behauptet, über eine Direktvergabe. Campfire hat Erfahrung mit digitalen Medien wie Instagramm, Twitter, Snapchat usw. und bietet einen modernen Zugang via mobile Applikationen, welche heute meist genutzt werden. Zusätzlich soll die Internetseite angepasst werden (früher war das jeweils umgekehrt). Damit das Konzept funktioniert, sind Bilder zwingend. Vor allem braucht es solche mit Leuten. Bilder von Biel, der Altstadt und dem See hat es bereits massenhaft. Natürlich kann mit dem Handy gefilmt werden. Filme auf sozialen Medien müssen jedoch eine der zehntgrössten Stadt der Schweiz entsprechende Qualität aufweisen. Die Filme werden Teil eines Fundus, der über mehrere Jahre hinweg immer wieder genutzt werden kann.

Barrierefreiheit und Zugänglichkeit für Personen mit Einschränkungen werden massiv verbessert. Das heutige CMS der Stadt Biel stammt aus Deutschland. Jede weitere Änderung wird nur gegen Zusatzkosten programmiert. Daher ist neu für das CMS die Firma Govis vorgesehen. Es wird bereits in vielen Gemeinden und Kantonen eingesetzt. Anpassungen können ohne zusätzliche Kosten von diesen genutzt werden. Solch eine spannende und attraktive Möglichkeit bietet nur Govis.

Wir sind alle stolz auf die Stadt Biel. Sie ist dynamisch und lebendig. Genau so muss auch ihr Auftritt in den sozialen Medien sein. Andere Gemeinden sind in den sozialen Medien stärker präsent als Biel heute. Letztes Jahr wurde der zentrale Informationsdienst geschaffen. Allerdings wurde keine "déléguée à la communication", wie Herr Suter behauptet, angestellt. Es handelt sich dabei um ein Missverständnis. Die frühere Behördenkommunikation der Stadtkanzlei wurde mit der Kommunikation Standortmarketing zusammengelegt. Der Gemeinderat hat nämlich festgestellt, dass sich Kommunikationskanäle verbinden lassen, ohne dass zusätzliche Personalkosten anfallen. Der volle Nutzen aus der Bildung des zentralen Informationsdienstes ergibt sich aber aufgrund der entsprechenden Instrumente gemäss der neuen Digitalstrategie. Es wurde ein Vergleich mit der Stadt Bern angestellt. Die Stadt Bern ist einwohnermässig sicher grösser, aber gerade für einen Internetauftritt verhalten sich die Kosten nicht unbedingt proportional zur Bevölkerungszahl. Die meisten Kosten fallen für kleine Gemeinden an, weil dieselben Angebote erbracht werden wie bei einer grossen Stadt. Biel ist ausserdem gehalten, alle Inhalte zweisprachig anzubieten, was auch mehr kostet. Die Kosten der beiden Städte zu vergleichen ist deshalb irreführend. Selbstverständlich sind die Anforderungen des Datenschutzes zu erfüllen. Der vom Gemeinderat beantragte Verpflichtungskredit enthält noch nicht alle Details der Anwendung und der Datenschutzbeauftragte wird rechtzeitig in den Prozess einbezogen. Wie im Änderungsantrag der Herren Sprenger und Bohnenblust gefordert, werden Daten erst dann aufgeschaltet, wenn sie den Datenschutzrichtlinien entsprechen.

Zu den Befürchtungen der Sprecherin des PSR in Sachen Überlastung des Personals: Erstens sind im Budget CHF 50'000 Unterstützung für die Überführungen der neuen Inhalte vorgesehen. Zweitens soll dies innert einer Frist von rund sechs Monaten umgesetzt werden. Diese Zeit sollte zur Umsetzung ausreichen. Hätte besser über das Projekt kommuniziert werden können? Man kann immer besser kommunizieren! Frau Gonzalez, Sie wissen, dass die Facebook- oder Twitter-Nutzenden jeweils jene Inhalte für sich herauspicken, die sie interessieren. Die internen Folgekosten, Betriebskosten, Lizenzen, Wartungen, usw. nehmen tendenziell ab, liegen aber im budgetierten Bereich.

La Ville se prive de rien, so ähnlich haben Sie sich, Herr Suter, vorhin geäussert. Zu hören sind sonst immer gegenteilige Klagen. Die Stadt Biel hat ziemlich viele Bedürfnisse. Mit dem neuen Internetauftritt wird etwas Übergreifendes und Zukunftsträchtiges geschaffen. Der Stadtrat hat bereits verschiedene Vorstösse zum Thema E-Government eingereicht und verlangt mehr elektronische Dienstleistungen. Der neue Internetauftritt ermöglicht einen direkten, interaktiven Bezug von Behördendienstleistungen. Selbstverständlich müssen auch noch weitere Anforderungen erfüllt werden. Bei der digitalen Unterschrift zum Beispiel ist die Bundesverwaltung gefordert. Sobald diese erlaubt ist, wird die Steuererklärung künftig papierlos und ohne Unterschriftenblatt eingereicht werden können. Parkkarten können

zukünftig direkt bestellt, bezahlt und nach Hause geliefert werden. Heute jedoch muss ein Formular ausgedruckt und unterschrieben werden, dann folgt ein Einzahlungsschein und nach Bezahlung wird die Parkkarte zugeschickt. Die Vereinfachung solcher Abläufe entspricht einem Wunsch des Stadtrats und der Bevölkerung. Um dies zu ermöglichen, muss die Stadtverwaltung über die nötigen Instrumente verfügen. Seit zwei Wochen besteht die Möglichkeit ausserschulische Sportaktivitäten online zu reservieren und direkt zu bezahlen. Wenige Minuten nachdem dieses Angebot frühmorgens online geschaltet war, sind die ersten Anmeldungen und Zahlungen eingetroffen. Der neue Internetauftritt ermöglicht weitere Anwendungen, die den Verkehr zwischen Verwaltung und Bevölkerung vereinfachen und zudem den heutigen Bedürfnissen entsprechen. Ich denke, die erwähnten Beispiele zeigen auf, dass der Gemeinderat diese Anliegen ernst nimmt, das ist jedoch nicht gratis.

Was den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen anbelangt, habe ich bereits erwähnt, dass der Gemeinderat den Verpflichtungskredit als Gesamtpaket einbringt. Würden die einzelnen Bereiche aufgeteilt, fallen sie in Kompetenz des Gemeinderats und nicht in diejenige des Stadtrats. Dem Gemeinderat ist jedoch wichtig, dass auch die Mitglieder des Stadtrats zu Botschafterinnen und Botschaftern des neuen digitalen Auftritts der Stadt werden. Ich habe bereits erklärt warum Fotos und Filme notwendig sind. Für die Wartung, Lizenzen und Unterhaltskosten fallen schon heute rund CHF 45'000 an. Angesichts des Umfangs der Applikation ist dies kein hoher Betrag. Wenn Sie in Zukunft Bekannten in Zürich oder in Australien zeigen wollen, was Biel für eine tolle Stadt ist und wie einfach es ist, Informationen einzuholen oder mit ihr Kontakt aufzunehmen, müssen Sie den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ablehnen.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich will die Debatte nicht künstlich verlängern. Da mich der Stadtpräsident aber wiederholt falsch zitiert hat, sehe ich mich genötigt, das Wort erneut zu ergreifen. Er behauptet, ich hätte gesagt, dass das ganze Projekt direkt vergeben worden sei. Ich aber habe erwähnt, dass dies in Bezug auf Fotos und Filme so geschehen sei. Weiter führte er den Strategiewechsel in Bezug auf Social Media an. Bei einem Strategiewechsel will ich umso mehr wissen, wie hoch dessen Kosten sind. Social Media beinhaltet die dauernde Aktualisierung der Inhalte. Den 900-seitigen Internetauftritt der Stadt Biel aktuell zu halten und mit neuen Inhalten zu ergänzen kostet weit mehr als nur die berechneten CHF 45'000 Lizenzkosten, Support und Wartung. Über die Kosten muss Klarheit herrschen, bevor der Strategiewechsel umgesetzt wird. Der Stadtpräsident hat ferner ausgeführt, dass im Vergleich mit der Stadt Bern die Kosten für den Internetauftritt nicht in Relation mit der Bevölkerungszahl gesetzt werden könnten. Ich habe jedoch festgestellt, dass sich die Stadt Bern angesichts von mehr Mitteln auch höhere Investitionen leisten kann. Investitionen sollten immer in Bezug zu den verfügbaren Mitteln getätigt werden. Der erweiterte Nutzen, wie die elektronischen Zahlungsmöglichkeiten, welche der Stadtpräsident aufgezählt hat, sind deutlich kostengünstiger umsetzbar. Deshalb bitte ich den Stadtrat, den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zu unterstützen.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Es tut mir leid, dass ich die Debatte jetzt auch noch verlängere. Ich denke, im Stadtrat ist unbestritten, dass der Internetauftritt eine Auffrischung und einen barrierefreien Zugang braucht sowie ein neues CMS notwendig ist. Diese Punkte tangieren alle den Rückweisungsantrag nicht. Nicht korrekt ist es

überdies zu sagen, mit diesem Paket sei für die nächsten 10 Jahre Ruhe. Das entspricht angesichts der heutigen Technik nicht der Realität. Ja, die Bevölkerung wünscht elektronische Zahlungsmöglichkeiten. Mit den erwähnten ausserschulischen Sportangeboten steht dieses Angebot heute schon zur Verfügung. Wenn der Gemeinderat findet, Kostenvergleiche mit anderen Städten seien nicht korrekt, soll er doch dem Stadtrat einen korrekten Kostenvergleich liefern. Inhalte zweisprachig aufzuschalten heisst nicht, dass das ganze System zweisprachig laufen muss. Die städtischen Mitarbeitenden sind zweisprachig und können die Inhalte Deutsch und Französisch aufbereiten. Die Investitionsplanung 2017 sah als Betrag für die Realisierung eines neuen Internetauftritts viel weniger vor. Ich hoffe, dass der Stadtrat den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen grossmehrheitlich unterstützt.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Scherrer, Sie haben gesagt, dass die Stadt Bern über mehr finanzielle Mittel verfügt, aber Sie haben nicht nur das gesagt. Die freihändige Vergabe bei den Fotos und Filmen erfolgte im Zusammenhang mit der laufenden Kampagne "Willkommen in Biel". Damit kann ein einheitlicher Auftritt sichergestellt werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, und wird den Beweis erbringen, dass mit den bestehenden Ressourcen ein attraktiver Internetauftritt sichergestellt werden kann. In der Investitionsplanung, Frau Gurtner-Oesch, figurierte nur die Ablösung der Homepage. Die heute vorgeschlagene Lösung im vorliegenden Bericht ist umfassend und transparent dargestellt. Der Stadtrat wird nicht die Katze im Sack kaufen müssen.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen

Der Antrag wird abgelehnt.

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Beaucoup de sujets ont déjà été abordés lors de la discussion sur le report mais je vais tout de même donner l'avis de la Commission de gestion (CDG). Cette dernière a donc examiné avec attention le rapport du Conseil municipal. À la lecture du communiqué de presse du 3 septembre 2018 et de l'intitulé du rapport, tout le monde ainsi que la Commission de gestion penseraient que le crédit d'engagement de 943'000 fr. ne concerne que le site internet. Heureusement, à la lecture du rapport on comprend enfin qu'il s'agit de la création d'un nouveau site web, mais aussi de l'achat d'un nouveau système de gestion des contenus (CMS), de la migration de ces contenus sur ce nouveau CMS et d'une stratégie numérique pour les médias sociaux et autres moyens modernes de communication de la Ville de Bienne. Le moins que l'on puisse dire est que la communication est propre à induire en erreur les lecteurs et lectrices. Ceci est particulièrement dommage, vu le montant en jeu.

Pour en venir au contenu du rapport, la CDG a étudié avec soin le projet de nouveau site internet, qui doit offrir non seulement des informations, mais aussi des services à la population et aux touristes visitant la Ville de Bienne. Comme cela a déjà été mentionné, ce soir, la possibilité de payer certains services officiels comme par exemple les cartes de parking ou les cours de sport extra-scolaire en ligne est saluée. Une ville gérée de manière moderne ne peut plus se satisfaire de fournir des services uniquement au guichet de la Ville ou par courrier postal. La CDG estime que ce projet

est certes cher, mais qu'au vu de tous les éléments différents qu'il comporte (qui ne sont pas mentionnés dans le titre), elle peut accepter ce crédit d'engagement. Avec cette solution, la Ville disposera d'un nouveau CMS et d'un site internet compatible avec les smartphones. Ce n'est pas le cas actuellement. Il sera facile à utiliser et utilisable par les personnes en situation de handicap et il aura une stratégie numérique digne de ce nom. Il ne faut en revanche absolument pas qu'il y ait de dépassement du crédit d'engagement demandé. La CDG espère aussi que la réserve prévue ne soit pas utilisée. La CDG compte aussi sur le fait que les frais d'exploitation, qui sont aujourd'hui budgétés à 45'000 fr. par an, ne soient pas plus élevés avec le nouveau site. Lors de nos questions, nous en avons reçu l'assurance.

La CDG a également voulu savoir ce qu'il en était de la formation des responsables du contenu au sein des directions. Le coût de cette formation pour le nouveau CMS (qui a déjà eu lieu en partie) est compris dans le crédit global. Un manuel de rédaction a également été fourni. Nous sommes donc satisfaits des informations à ce sujet. Enfin, la CDG avait des questions au sujet de la sécurité et de la protection des données. La sécurité des données concerne la sécurisation du site afin d'éviter des attaques malveillantes par le biais de ce portail, qui est ouvert au public ainsi qu'aux zones privatives, auxquelles nous aurions par la suite accès depuis le site, par exemple le portail du Conseil de ville. Nous avons reçu l'assurance, que la Ville dispose au sein du Département informatique d'un "Security officer" qui a déjà été impliqué lors de la phase de projet et qui mènera les tests d'usage, lors de la phase de réalisation. La Ville utilisera aussi les services d'une entreprise spécialisée dans le hacking éthique, qui testera les défenses du site. Enfin, la CDG s'est étonnée de l'absence de toute mention de la protection des données dans un projet de cette importance. En effet, tout projet qui comprend la collecte de données d'utilisateurs, par le biais des formulaires pour citer un exemple, doit impérativement être soumis à l'Autorité de surveillance en matière de protection des données. La personne qui a cette charge, Maître Stöckli, nous a confirmé être en contact avec le Service informatique de la Ville et nous a dit qu'une réunion est prévue mi-octobre afin de traiter en détail cette question. Nous avons également demandé pourquoi cette autorité n'avait pas été consultée avant que le rapport ne soit présenté au Conseil de ville. La réponse est qu'il ne servirait à rien d'engager des frais d'expertise pour un projet, qui n'a pas encore été adopté par l'autorité compétente, à savoir le Conseil de ville. La CDG peut comprendre cette logique, mais il est pour le moins malheureux de ne pas avoir indiqué dans le rapport que ce sujet serait abordé avec l'Autorité de surveillance en matière de protection des données, dès l'adoption par le Conseil de ville et évidemment avant la mise en ligne du site. Ce point n'est néanmoins pas rétroactif aujourd'hui. À l'avenir, la CDG demande cependant que ce point soit précisé dans les rapports lorsque les projets exigent la consultation de cette autorité et que cette dernière continue à être informée régulièrement de tous les projets en cours. Suite aux informations et suite aux réponses susmentionnées reçues, la CDG vous recommande donc d'accepter la proposition du Conseil municipal.

Stocker Julien, Fraktion GLP: Seitens Fraktion GLP ist unbestritten, dass die Stadt eine neue Webseite benötigt. Es freut die Fraktion GLP, dass die neue Webseite für Smartphones kompatibel wird und E-Government zulassen können soll. Erschrocken sind wir in der Fraktion sind wir jedoch über den Preis. Das Konzept ist sehr teuer. Der Bericht des Gemeinderats lässt ausserdem zu wünschen übrig. Viele Fragen werden nicht beantwortet, so fehlt zum Beispiel eine detaillierte Kostenaufstellung. Wie hoch

sind die Kosten allein für die Realisierung der Webseite? Wie hoch sind die Kosten nur für die Migration? In der Aufstellung werden diese Punkte nicht aufgesplittet. Welche Leistungen für die Migration werden durch wen erbracht? Was leistet Campfire und was wird durch externe Partner und interne Stellen gemacht? Werden weitere Kosten für den Bezug bzw. Lizenzen für E-Government-Module anfallen oder sind diese im CMS inbegriffen? Auch fehlt ein Betriebskonzept. Kann der Gemeinderat ausführen, bis wann er das Betriebskonzept liefert? Ausserdem ist unverständlich, warum nach der Kampagne "Willkommen in Biel" mit den vielen abgebildeten Porträts, noch einmal Leute fotografiert werden müssen und dafür CHF 140'000 geplant sind. Die Fraktion GLP erachtet diese Ausgaben als unnötig. Das Geld könnte andernorts besser eingesetzt werden. **Die Fraktion GLP beantragt deshalb, den Verpflichtungskredit um CHF 100'000 zu kürzen.** Dieser Betrag kann bei den Foto- und Filmaufnahmen eingespart bzw. es kann darauf verzichtet werden. Auch andere Städte haben keine Filme online geschaltet, oder ich habe sie nicht gefunden... Für Fotos kann auf bereits bestehende Aufnahmen zurückgegriffen werden. Wenn der Gemeinderat aber eine andere Möglichkeit sieht, die geforderten CHF 100'000 einzusparen, gehen die Filmaufnahmen in Ordnung. Das ganze Projekt soll aber um CHF 100'000 günstiger werden.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Grundsätzlich unterstützt die Fraktion FDP das vorliegende Projekt. Die verschiedenen Kanäle der sozialen Medien zu bespielen ist richtig und nachvollziehbar. Die lokale Unterstützung der E-Government-Strategien auf allen Ebenen ist zeitgemäss und notwendig. Die vom Stadtpräsidenten erwähnten Vorstösse zu E-Government werden sicher im Projekt berücksichtigt. Informationssicherheit und Datenschutz müssen angemessen sein und den Anforderungen genügen. Wie vorhin bereits gesagt, bringt ein verschlanktes, gutes CMS bessere Abläufe. Was die Verwendung von Videos und Bildern anbelangt, so hat die Fraktion FDP ebenfalls Fragen zum Betrag. Mit dem Verzicht auf Videos und einige Bilder könnten CHF 100'000 eingespart werden, wie Herr Stocker völlig zurecht beantragt. Nun hat aber der Stadtpräsident vorhin erklärt, dass der Gemeinderat in einer "Salamitaktik" die Filme auch nachträglich und in eigener Kompetenz genehmigen könnte. Die Fraktion FDP kann nachvollziehen, dass es für den Gemeinderat wichtig ist, eine einladende, aktuelle Webseite zu haben. Deshalb ist es uns lieber, das Projekt in einem Guss zu beschliessen als von kleinen Schritten zu erfahren. Die Fraktion FDP wird deshalb den Antrag der Fraktion GLP nicht unterstützen.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Zum Geschäft habe ich mich bereits geäussert. Ich gehe auf die Anträge ein. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird den Antrag der Fraktion GLP und den schriftlich vorliegenden der Herren Bohnenblust und Sprenger unterstützen, weisen sie doch Inhalte des Rückweisungsantrags auf. Die Direktvergabe des Auftrags finden wir nicht in Ordnung. Auch wenn Campfire mit der Kampagne "Willkommen in Biel" bereits Leistungen erbracht hat, geht es nicht um einen Betrag von CHF 10'000 bis CHF 20'000, sondern um CHF 140'000. Dabei geht es um Steuergelder, die einen verantwortungsvollen Umgang verlangen.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Wie ich bereits vorhin erwähnte, war auch bei der Fraktion SP/JUSO das Geschäft nicht gerade Liebe auf den ersten Blick. Es mag auch schwierig sein, das Konzept einer lebendigen, interaktiven Webseite in einen trockenen Stadtratsbericht zu verpacken. Auf der neuen Webseite gibt es vielleicht

dann einen Link, mit welchem Stadtratsberichte als Youtubevideo heruntergeladen werden können... Der Fraktion SP/JUSO ist bewusst, dass die neue Homepage kein Schnäppchen darstellt. Die Stadt erhält jedoch ein ansprechendes Gesamtpaket. Geben wir im Stadtrat dem Geschäft eine Chance und präsentieren die Stadt Biel wie sie ist: innovativ, lebendig, fröhlich, zweisprachig und jung! Eine Homepage ist, wie bereits gesagt, ein Schaufenster. Eine veraltete Präsentation spricht wirklich niemanden an. Die Fraktion SP/JUSO sagt deshalb ja.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Die wichtigsten Punkte der Fraktion Grüne habe ich bereits zum Rückweisungsantrag erläutert. Wir sind nicht nur glücklich mit dem Bericht und uns fehlen wichtige Informationen, wie bereits dargelegt. Ich nehme kurz zu den Änderungsanträgen Stellung. Auch die Fraktion Grüne hat sich einige Fragen zum Datenschutz gestellt. Der Änderungsantrag der Herren Sprenger und Bohnenblust erscheint uns richtig und wir werden diesen unterstützen. Den Änderungsantrag der Fraktion GLP hingegen wird die Fraktion Grüne ablehnen. Wir wehren uns dagegen, dass die "Paketlösung" relativ willkürlich um CHF 100'000 gekürzt werden soll. Wir wollen eine ganzheitliche Lösung, die dem Puls der Zeit entspricht. Die Fraktion Grüne ist kein Fan des Projekts, sieht jedoch eine positive Tendenz und wird dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Je ne vais pas répéter ce que j'ai dit tout à l'heure. Dans les différentes propositions d'amendement, seule la proposition de Monsieur Bohnenblust est valable. Celle-ci demande que des exigences appropriées pour le produit retenu en termes de sécurité des informations et de protection des données devront être formulées. Donc, le Groupe PRR soutient uniquement la proposition de Monsieur Bohnenblust.

Sprenger Titus, Passerelle: Ich denke, dass ich meinen und Peter Bohnenblusts Änderungsantrag nicht mehr gross begründen muss. Er wird mehrheitlich akzeptiert. Lassen Sie mich trotzdem noch darauf hinweisen, dass der gleichlautende Änderungsantrag auch zu Traktandum 6 (20180291 "Ablösung der bestehenden Einwohnerkontrolle (EWK) durch das Standardprodukt NEST / Verpflichtungskredit) eingereicht wird. **Wir beantragen, den Beschlussesentwurf mit dem Zusatz zu ergänzen, dass die Anforderungen zu Datenschutz und Informationssicherheit garantiert werden.** Ich hoffe, dass der Gemeinderat in Zukunft bei allen IT-Projekten das Thema Datenschutz und Informationssicherheit berücksichtigt. Diese Aspekte müssen zu Anfang eines Projekts behandelt werden, damit nicht im Nachhinein und mittels "Salamitaktik" nachgebessert werden muss. Besten Dank für die Unterstützung unseres Änderungsantrags.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich äussere mich zu zwei Punkten:

1. Ich danke dem stellvertretenden Stadtschreiber, Julien Steiner für die ausführliche Beantwortung meiner Fragen im Vorfeld. Deshalb kann ich heute hinter dem Projekt stehen.
2. Warum der Änderungsantrag? Ich erinnere an des Geschäft eDoc (20160282 Elektronische Dokumentenverwaltung (eDOC) für die gesamte Bieler Stadtverwaltung / Verpflichtungskredit) vom April 2017. Auch dort ging es um Datenschutz und Informationssicherheit. Ich zitiere aus meinen Äusserungen auf Seite 208 im Protokoll der Stadtratssitzung vom 27. April 2017: "...Zudem erwähnt der Bericht auch keine Vorabkontrolle durch den Datenschützer oder sogenanntes Informationssicherheits- und Datenschutzkonzept. In ähnlichen Berichten der

Städte Bern und Thun werden diese Erfordernisse aufgeführt. Der Gemeinderat versicherte der Fraktion FDP aber auf Frage schriftlich, die Arbeiten liefen gemäss Vorgabe." Die zuständige Direktorin hat Folgendes bestätigt, ich zitiere: "Pour la sécurité des données, qui est un des points les plus importants de ce projet, le Responsable de la protection des données a été informé et il sera intégré tout au long du projet." Wie gesagt, wurde diese Absicht in den Änderungsantrag eingebaut, um Missverständnisse zu vermeiden. Ob das im Projekt eDoc tatsächlich so gehandhabt wird, ist Gegenstand von laufenden Abklärungen.

Stocker Julien, GLP: Ich muss sagen, dass ich von der FDP enttäuscht bin. Sie lassen sich vom Gemeinderat erpressen. Wenn der Stadtrat den Änderungsantrag der Fraktion GLP, den Verpflichtungskredit um CHF 100'000 zu kürzen annimmt und der Gemeinderat den Betrag später in einer "Salamitaktik" trotzdem gutheisst, widerspricht das meinem Verständnis von Demokratie!

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich habe mich bereits zum Rückweisungsantrag allgemein zum Projekt geäussert und gehe daher nur auf die gestellten Fragen zu den Änderungsanträgen ein. Frau Strobel, Sie brachten mich vorhin auf eine Idee, die ich in der Zwischenzeit abgeklärt habe. Ich habe meine Leute gefragt, ob es möglich ist, in Zukunft in den Berichten des Gemeinderats an den Stadtrat einen Link einzufügen, der in eDoc abgerufen werden kann. Die Antwort darauf war, theoretisch ja, praktisch wurde dies aber noch nie ausprobiert. Sie werden nicht den ganzen Bericht als animierte Präsentation erhalten, jedoch dort wo es sinnvoll erscheint, Links konsultieren können. Danke, dass Sie mich auf die tolle Idee gebracht haben! Der Sprecherin der GPK sage ich: Keine Kreditüberschreitung ist wünschenswert! Dieser Wunsch ist selbstverständlich Befehl und immer das Ziel. Es gehört aber auch zu einer korrekten Projektvorbereitung, Reserven einzuplanen. Es kann immer zu Unvorhergesehenem kommen. Über Reserven zu verfügen ist sinnvoll, da man nie alles wissen kann. Ohne begründeten Anlass werden sie aber selbstverständlich nicht angezapft. Der Änderungsantrag der Herren Sprenger und Bohnenblust zum Thema Datenschutz und Datensicherheit wurde im Gemeinderat nicht diskutiert. Die Forderung entspricht Vorgaben, die ohnehin eingehalten werden müssen. Deshalb steht einer Aufnahme des Antrags im Beschlussesentwurf nichts entgegen. Ich gehe nicht davon aus, dass meine KollegInnen im Gemeinderat Ihnen beantragen würden, den Antrag abzulehnen. Ich habe verstanden, dass der Stadtrat in Zukunft in den Berichten des Gemeinderats zu Informatikprojekten Ausführungen zu Datenschutz und Datensicherheit wünscht.

Herr Stocker, ich habe mit Freude vernommen, dass Sie und die Fraktion GLP sich auf die neue Homepage freuen. Es ist wichtig, dass etwas richtig gemacht wird. Den kleinen ironischen Wink von Herrn Cadetg haben Sie ein bisschen überinterpretiert. Es wurde nicht gesagt, dass, falls Ihr Antrag gutgeheissen würde, der Gemeinderat in eigener Kompetenz eine Ausgabe von CHF 100'000 beschliessen würde. Gerade das will der Gemeinderat nicht, er will keine "Salamitaktik" anwenden sondern von Anfang an ein Gesamtpaket präsentieren. Das Gesamtpaket um CHF 100'000 zu kürzen, wäre sehr bedauerlich. Genau diese Filme und Bilder geben der Homepage das gewisse Etwas und machen sie zukunftsgerichtet und speziell. Sie sind vor allem für die sozialen Medien und die mobilen Anwendungen relevant. Wenn Sie eine Hundemarke lösen oder umziehen wollen, spielt das weniger eine Rolle. "Willkommen in Biel" ist eine spezifische Kampagne, in der sich BewohnerInnen präsentieren, die BesucherInnen in Biel empfangen und begleiten. Diese Kampagne stellt jedoch nur einen Ausschnitt von

Biels dar. Die Stadt besteht nicht nur aus Einwohnenden, die bereit sind, Gästen die Stadt zu zeigen. Zu einem umfassenden Auftritt der Stadt gehört mehr. Deshalb können nicht nur die Bilder von "Willkommen in Biel" verwendet werden. Herr Stocker, Ihre Aussage andere Städte hätten keine Filme, stimmt nicht. Sie finden sie beispielsweise auf der Internetseite www.bern.com. Die Stadt Bern ist an drei Homepages (www.bern.ch, www.bern.com und www.wirtschaftsraum.bern.ch) beteiligt. Die Seiten haben jeweils ein unterschiedliches Zielpublikum. Bern hat nicht nur eine, sondern drei Homepages, was wiederum für die Theorie von Herrn Scherrer spricht, dass die Stadt Bern mehr Mittel zur Verfügung hat.

Sollte der Änderungsantrag der GLP angenommen werden, würde er, entgegen der Äusserungen hinsichtlich "Salamitaktik" und "Erpressung", selbstverständlich respektiert! Es wäre schade, Sie würden die neue Homepage samt neuer Social Media-Strategie, die einen Mehrwert bieten, in einem wichtigen Bereich beschränken. Ich bin überzeugt, dass spätestens in einem bis zwei Jahren im Stadtrat mehrere Vorstösse eingereicht würden in denen gefragt wird, warum die Homepage der Stadt Biel nicht über Filme und Bilder verfügt wie andere Gemeinden. Im Übrigen, Fotos und Filme finden sich nicht nur auf Homepages. Einige Städte haben solche auch auf LinkedIn und Instagram aufgeschaltet. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderats, den Änderungsantrag der Fraktion GLP abzulehnen. Dem Antrag der Herren Sprenger und Bohnenblust steht jedoch nichts entgegen.

Abstimmungen

- über den Änderungsantrag der Fraktion GLP den Verpflichtungskredit um CHF 100'000 zu kürzen.

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Änderungsantrag der Herren Sprenger / Bohnenblust, den Beschlussesentwurf mit Absatz 3 zu ergänzen, dass die Anforderungen zu Datenschutz und Informationssicherheit garantiert werden.

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 27. Juni 2018, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996, beschliesst:

1. Das Projekt neue Website der Stadt Biel (digitale Strategie) sowie der dazugehörige Verpflichtungskredit von CHF 943'000.00 werden bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Die Einführung erfolgt erst, wenn die für das gewählte Produkt angemessenen Anforderungen hinsichtlich Informationssicherheit und Datenschutz formuliert und unabhängig geprüft wurden und deren Einhaltung mittels technischer und organisatorischer Massnahmen garantiert ist.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

167. 20180181 Leistungsvereinbarung 2019–2022 zur jährlichen Durchführung des Internationalen Schachfestivals Biel

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Beim vorliegenden Geschäft geht es um die Leistungsvereinbarung für das Schachfestival. Das Geschäft führt uns zurück zu den Debatten rund um die nachhaltige Haushaltssanierung (NHS) und betrifft eine der letzten Budgetvereinbarungen. Das Schachfestival soll mit CHF 125'000 pro Jahr über vier Jahre unterstützt werden. Dieser Anlass ist ein "Nischenprodukt", welches eine ganz spezifische Zielgruppe anspricht und über 1'000 Übernachtungen (ohne private Unterkünfte) in Biel generiert. Wie der Gemeinderat am Schluss des Berichts zur Leistungsvereinbarung ausführt, ist die Subventionshöhe eine politische Frage. Aus Sicht der GPK wurde diese in der NHS-Debatte diskutiert. Die Leistungsvereinbarung kann deshalb gutgeheissen werden. Formell unschön bleibt, dass im Bericht unter "*Das Wichtigste in Kürze*" im zweiten Absatz erwähnt wird, dass die Stadt das Festival unterstützt, nachdem der Hauptsponsor weggefallen ist. Die Stadt Biel hat das Schachfestival jedoch bereits vorher unterstützt. Ansonsten spricht für die GPK nichts gegen dieses Geschäft.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Ce projet de convention de prestations entre la Ville de Bienne et l'Association "Biel-Bienne Chess" est extrêmement intéressant. Ni ma famille, ni mes ami(e)s ne jouent aux échecs. Pourtant, il est stipulé dans ce rapport que le Festival international d'échecs a un succès extraordinaire. Cela doit donc être vrai. Mais moi, je pense que ce festival a un rayonnement plus important pour Omega ou Rolex que pour la Ville de Bienne. Le Conseil municipal propose, vu l'ampleur de la manifestation, de conclure une convention de prestations entre la Commune municipale de Bienne et l'Association "Biel-Bienne Chess" et d'octroyer un crédit d'engagement de 500'000 fr. Le Conseil municipal stipule que la manifestation a généré quelque 1'000 nuitées ces dernières années. 500 fr. la nuitée, c'est tout de même cher! Je regrette vivement que l'Association "Biel-Bienne Chess" n'ait jamais pu remplacer la subvention annuelle, qui lui était allouée par le sponsor principal le Crédit Suisse.

Monsieur Bohnenblust a dit que durant plusieurs années des sponsors avaient été cherchés, mais sans succès. Ce n'est pas parce que je ne suis pas spécialement intéressé par les échecs que le Groupe PSR va refuser ce crédit d'engagement. Au contraire notre groupe l'approuve. Personnellement, j'aurais un souhait à transmettre à Monsieur Bohnenblust: la prochaine fois que le Conseil de ville devra allouer des crédits pour le Théâtre municipal ou la Bibliothèque, soutenez-les aussi!

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO steht grundsätzlich zum jährlich durchgeführten Schachfestival. Die Situation ist aber verflixt. Der Stadt Biel drohen mit der nationalen und kantonalen Unternehmenssteuerreform Steuerausfälle im Umfang von zirka CHF 6 Mio. Deshalb zögert die Fraktion SP/JUSO, der vorliegenden Leistungsvereinbarung zuzustimmen. Die Fraktion SP/JSUO hat das Schachfestival an der letzten NHS-Debatte unterstützt. Sie rief damals dazu auf, weder beim städtischen Personal noch bei den Institutionen zu sparen und die bürgerliche Mehrheit stimmte einer reduzierten Finanzierung des Schachfestivals zu. Beim Personal und bei den Institutionen wurde jedoch gespart. Dasselbe droht jetzt bei einer erneuten Sparrunde. Die Fraktion SP/JUSO kann daher der Leistungsvereinbarung für das Schachfestival für vier Jahre nur zustimmen, wenn die Bürgerlichen uns heute zusichern, dass sie bei einer allfälligen nächsten Spardebatte weder beim Personal noch bei den Institutionen sparen wollen. Ansonsten trägt die Fraktion SP/JUSO die Leistungsvereinbarung für die nächsten vier Jahre nicht mit. Das Schachfestival 2019 wird die Fraktion SP/JUSO jedoch unterstützen und wartet gespannt auf die bürgerlichen Wortmeldungen.

Kaufmann Stefan, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP unterstützt das Geschäft. Sie ist der Meinung, dass das internationale Schachfestival ein gutes Aushängeschild für die Stadt Biel ist und die Stadt weltweit nach aussen trägt. Dieser Eindruck ist nachhaltig für die Stadt und die Region. Im Rahmen der NHS-Debatte wurden die städtischen Subventionen gekürzt. Die Organisierenden des Schachfestivals haben die Kürzung akzeptiert und sich neu ausgerichtet. Dies im Gegensatz zu vielen anderen Institutionen, die Kürzungen nicht akzeptieren wollten. Bis jetzt wurde jedes Jahr ein neuer Leistungsvertrag abgeschlossen. Mit dem neuen vierjährigen Vertrag wird das Schachfestival den kulturellen Institutionen, die praktisch alle über mehrjährige Leistungsvereinbarungen verfügen, gleichgestellt. Die Ausführungen meines Vorredners bereiten mir deshalb Mühe. Nachdem die Vereinbarungen mit den anderen kulturellen Institutionen unter Dach und Fach sind, wird jetzt die Subvention für das Schachfestival in Frage gestellt. Meines Erachtens können heute keine Aussagen dazu gemacht werden, ob und falls ja, bei der nächsten Sparrunde Kosten eingespart werden sollen. Die Fraktion FDP jedenfalls kann keine verbindliche Zusage abgeben. Die vierjährige Leistungsvereinbarung erlaubt den Organisierenden des Schachfestivals die gleiche Planungssicherheit wie sie auch andere Organisationen haben, was wir als korrekt erachten.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: In der Fraktion SVP/Die Eidgenossen wurde das Geschäft, wie immer wenn es um Subventionen geht, heiss diskutiert. Natürlich wären wir froh, wenn das Schachfestival selbsttragend wäre, einen guten Hauptsponsor hätte und die Stadt Biel sich nicht finanziell beteiligen müsste. Ich weiss, dass auch die Organisierenden einen Hauptsponsor vorziehen würden, um nicht auf die Stadt Biel angewiesen zu sein. Die Sachlage ist derzeit leider eine andere. Ohne Beitrag der Stadt Biel könnte das Schachfestival nicht stattfinden. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat abgeklärt, in welchem Umfang die Stadt Biel davon profitiert. Allein

die CTS nimmt CHF 30'000 ein. Wenn das Schachfestival verschwindet, hat dies auch Mindereinnahmen für die CTS zur Folge. Hinzu kommen Einnahmen für die Stadt aus den Hotelübernachtungen und in Form von Arbeitsplätzen und Steuergeldern. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hält darüber hinaus fest, dass durch das Schachfestival in der NHS-Debatte einen Beitrag geleistet hat. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen unterstützt deshalb die vorliegende Leistungsvereinbarung.

Die Forderung der Fraktion SP/JUSO bezüglich der nächsten Spardebatte ist völlig lächerlich. Diese Themenvermischung und Forderung grenzt praktisch an Erpressung. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen spielt da nicht mit. Ich gebe somit im selben Rahmen ein Versprechen ab, wie die Fraktion SP/JUSO jeweils zu ihrem Wort steht. Damit können Sie selber abschätzen, welche Verbindlichkeit das Versprechen hat...

Freuler Fritz, Fraktion Grüne: Ich finde die Bedenken der VorrednerInnen keineswegs lächerlich. Der Stadtrat hat in den letzten Jahren, so wie auch im vorherigen Geschäft immer wieder, Finanzdiskussionen geführt. Die Stadt Biel ist in einer schwierigen finanziellen Lage. Wie bereits erwähnt, dürfte sie sich in Zukunft noch vor viel schwierigere Situationen gestellt sehen, wenn die Steuerreformen auf kantonaler und nationaler Ebene tatsächlich umgesetzt werden sollten. Trotzdem, die Fraktion Grüne findet das Schachfestival eine tolle Sache. In den letzten fünf Jahren haben wir den Anlass immer wieder unterstützt. Zusammen Schach zu spielen ist viel besser als allein vor der Glotze zu sitzen. Die Fraktion Grüne unterstützt die Leistungsvereinbarung nach wie vor vorbehaltlos. Dabei spielt es keine Rolle, wer diesem Verein vorsteht, das kann keine Bedingung für die Annahme oder Ablehnung eines Geschäfts sein. Das Schachfestival gibt es seit 1968. Fünfzig Jahre Existenz, gleich wie das AJZ, ist ein schönes Jubiläum. Wir sollten den Trägerschaften dafür danken, dass sie über die lange und zwischenzeitlich schwierige Zeit drangeblieben sind. Dass sie heute einen Leistungsvertrag über vier Jahre erhalten sollen, macht Sinn, denn jedes Jahr einen so grossen Anlass neu zu planen, ist schwierig. Deshalb wird die Fraktion Grüne mit voller Überzeugung der mehrjährigen Leistungsvereinbarung zustimmen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat anerkennt die Leistung der Organisierenden des Schachfestivals über ein halbes Jahrhundert hinweg. Am Schluss der NHS-Debatte hat der Gemeinderat festgehalten, dass die Beschlüsse und Massnahmen für die nächste Zukunft gelten sollen. Dabei ist dem Grundsatz der Gleichbehandlung Rechnung zu tragen. Aus diesem Grund schlägt der Gemeinderat auch vor, mit dem Schachfestival, das bis jetzt eben nicht gleich behandelt wurde wie die anderen Institutionen, einen mehrjährigen Leistungsvertrag abzuschliessen, was auch der Forderung der Organisierenden entspricht.

Herr Scherrer, auch wenn sie gewisse Forderungen hier im Saal als "*lächerlich*" bezeichnen, muss doch der Gleichbehandlungsgrundsatz berücksichtigt werden. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb, das Schachfestival den anderen Institutionen gleichzustellen. Herr Scherrer, Sie haben ausserdem gesagt, dass das Schachfestival der CTS CHF 30'000 bezahlt. Dieser Betrag stimmt erst, seit er herabgesetzt wurde. Vorher war es mehr. Im Sommer kann das Kongresshaus für grössere Anlässe praktisch nicht vermietet werden. Deshalb wird eine sogenannte «Deckungsbeitragsrechnung» erstellt. Um die Nutzung des Kongresshauses im Sommer dennoch zu begünstigen, wird der Preis gesenkt. Profitieren können damit nicht nur die CTS, sondern auch die Bieler Hotels und Gastronomiebetriebe. Was den

Hauptsponsor anbelangt, Frau Gurtner-Oesch, mich erstaunt, dass Sie das als GPK-Sprecherin eingebracht haben. Ich werde mich wohl mit meinen noch lebenden Vorgängern austauschen müssen, um den Sachverhalt korrekt zu klären. In Zukunft wird jedoch in Berichten zum Schachfestival kein Hauptsponsor mehr erwähnt, weil sich das erledigt hat.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 15. August 2018, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), beschliesst:

1. Die Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Biel und dem Verein Biel-Bienne Chess, gültig vom 1.1.2019 bis 31.12.2022, wird genehmigt.
2. Er bewilligt einen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 500'000.00 zu Lasten des Kontos 133.363600013.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Begründungen der dringlichen Vorstösse. Da diese zahlreich sind, bitte ich die RednerInnen sich kurz zu fassen.

168. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180282 Christiane Vlaiculescu-Graf, PSR, "Energiepolitik der Stadt Biel"

Vlaiculescu Christiane, PSR: Il s'agit d'une interpellation urgente en rapport avec l'augmentation annoncée du prix de l'électricité.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

169. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20180283 Pascal Bord, PRR, Glenda Gonzalez, PSR, Dana Augsburger-Brom, SP, Stefan Kaufmann, FDP, Olivier Wächter, UDC, Myriam Roth, Les Verts, "Die Nachhaltigkeit des Bieler Modelles im Bereich der professionellen Ausbildung durch Immersion gewährleisten"

Bord Pascal, PRR: L'École supérieure de commerce à Bienne est peut-être mise en danger. C'est un thème d'actualité où la Ville devrait réagir rapidement.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

170. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180284 Olivier Wächter, UDC, "Finanzielle Unterstützung des Lakelive Festivals durch die Stadt Biel"

Wächter Olivier, UDC: Cette interpellation est urgente car les questions posées concernent des prises de décision importantes à prendre dans un court délai. Il est important de donner un rapide signal à la population biennoise au sujet du Festival Lakelive et il est également important que les divers partenaires de cette manifestation, qui est importante pour l'image de Bienne, puissent travailler sereinement dans la préparation de futures éditions.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

171. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20180286 Anna Tanner, SP, Glenda Gonzalez, PSR, Reto Gugger, BDP, Max Wiher, GLP, Cécile Wendling, FDP, Lena Frank, Grüne, (Kulturgruppe) "Zustupf für den Chessu-Umbau"

Tanner Anna, SP: Im Namen der Kulturgruppe beantrage ich die dringliche Behandlung. Es wäre schön, wenn so rasch als möglich mit den Umbauarbeiten begonnen werden könnte.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

172. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180285 Mamadou Diop, Groupe PSR "Wann werden die Bieler Schüler und Schülerinnen mit Tablet-Computern ausgerüstet werden?"

Diop Mamadou, PSR: Il s'agit d'une mesure d'accompagnement. Le Conseil de ville vient de discuter de moderniser les infrastructures numériques. Le Canton a donné la charge de l'éducation aux communes, il faut donc que la Ville de Bienne forme ses élèves afin qu'ils soient capables dans le futur de pouvoir utiliser les outils informatiques.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

173. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20180287 Daniela de Maddalena, Fraktion Grüne, Muriel Günther, SP, Peter Heiniger, PdA, Glenda Gonzalez, PSR "Anpassung Toilettenanlage Strandboden an heutige Bedürfnisse"

de Maddalena Daniela, Grüne: Wir reichen ein überparteiliches Postulat ein, das eine Anpassung der Toilettenanlage am Strandboden neben dem Parkcafé fordert. Begründung für die Dringlichkeit: Hygiene ist nicht nur ein Wort, sondern ein Bedürfnis im städtischen Raum. Menschlichen Grundbedürfnissen sollte nachgegangen werden

können und das so schnell wie möglich, sonst geht's in die Hosen... Auf dass es auch am Strandboden gut riecht! Ich wünsche allen "E Guete".

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 19.50 Uhr - 20.50 Uhr

174. 20180219 Ablösung der bestehenden Einwohnerkontrolle (EWK) durch das Standardprodukt NEST / Verpflichtungskredit

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Zum vorliegenden Geschäft wurde von den Fraktionen GLP / Passerelle ein Rückweisungsantrag eingereicht. Bevor wir diesen behandeln, erteile ich der GPK-Sprecherin das Wort.

Tanner Anna GPK: Ich komme der Bitte von Peter Bohnenblust nach und äussere mich vorgängig zur Auslegeordnung des Geschäfts und nicht nur zum Rückweisungsantrag. Die GPK hat den vorliegenden Bericht geprüft. Dieser begründet den Bedarf für eine neue Fachlösung damit, dass die alte Anwendung bereits zehnjährig sei. Die GPK dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht, hat jedoch zwei Kritikpunkte anzubringen:

1. Das Submissionsverfahren ergab nur einen Anbieter, weil nur die Anwendung NEST die verlangte Zweisprachigkeit erfüllen konnte. Die anderen Anbieter kamen deshalb nicht in Frage. Das Betriebssystem hätte aber trotzdem ausgeschrieben werden können. Die GPK sieht die Vergabe an Talus deshalb kritisch.
2. Der zweite Kritikpunkt betrifft den Datenschutz. Die GPK hat erwartet, dass der Datenschutzbeauftragte in den Beschaffungsprozess miteinbezogen und dies im Bericht erwähnt wird. Sie ist besorgt darüber, dass der Datenschutzaspekt weder in der Projektierung noch später beachtet wird. Eine Vernachlässigung dieser Aspekte könnte Datenschutzverletzungen und Mehrkosten nach sich ziehen. Die Einwohnergemeinde arbeitet mit heiklen Daten, die unbedingt Schutz bedürfen, weshalb die Datenschutzbestimmungen zwingend einzuhalten sind.

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Ich begründe den Rückweisungsantrag der Fraktion GLP/Passerelle. IT-Beschaffungen sind in den letzten Jahren immer wieder negativ in die Schlagzeilen geraten. Als Beispiel erwähne ich das Informatikprojekt "Insieme" der Eidgenössischen Steuerverwaltung, bei welchem über CHF 100 Mio. in den Sand gesetzt wurden. Eine Studie der Universität Bern zeigte vor zwei Jahren auf, dass über die Hälfte aller IT-Projekte der öffentlichen Hand ohne Ausschreibung vergeben werden, was die Politik unisono von links bis rechts verurteilt. Wir lernen also aus der Vergangenheit, dass es sich lohnt, bei solchen Geschäften genauer hinzusehen. Die Fraktion GLP hat das beim vorliegenden Verpflichtungskredit getan und zwar schon vor einigen Monaten. Damals hat die Fraktion GLP erfahren, dass die Stadtverwaltung beabsichtigte, den Auftrag für eine neue Einwohnerkontrolle (EWK) von rund CHF 1 Mio. freihändig zu vergeben. Schon damals wurde uns zugetragen, dass von einem möglichen Mitbewerber dagegen Beschwerde eingereicht wurde. Die Fraktion GLP betrachtet eine freihändige Vergabe im Umfang von CHF 1 Mio., auch wenn das juristisch unter gewissen Umständen möglich ist, in jedem Fall sehr kritisch. Wir wurden in dieser Haltung bestätigt, umso mehr wir uns mit diesem Geschäft beschäftigten.

Wofür soll das Geld überhaupt gesprochen werden? Eigentlich handelt es sich um zwei verschiedene Dinge:

1. Geht es um eine neue Software für die EWK, mit der in den nächsten Jahren gearbeitet werden soll oder um
2. die Frage nach dem Vertriebspartner (dem sogenannten Integrator), der diese Software für die Stadtverwaltung implementieren und die notwendigen Anpassungen der Schnittstellen usw. vornehmen und Support liefern soll?

Fast alle Unterlagen, die dem Stadtrat vorliegen, beziehen sich nur auf die Software. Trotzdem ist anzumerken, dass die Auswahlkriterien derart streng abgefasst wurden, dass diverse andere mögliche Anbietende allein dadurch aus dem Rennen gefallen sind, was nicht gerade wettbewerbsfördernd ist. Der Entscheid für das Produkt NEST ist nach heutigem Kenntnisstand dennoch nachvollziehbar. Der Grund für die Rückweisung ist aber ein anderer, nämlich wer die Software implementieren soll. Der Gemeinderat hat sich freihändig (also ohne Konkurrenzofferten) für die Firma Talus entschieden. Wieso ist genau dieser Partner für das vorliegende Geschäft so wichtig? Ich bitte Sie, sich den Bericht auf Seite 10 genau anzuschauen. Dort findet sich die Kostenaufstellung. Der Stadtrat soll heute einen Verpflichtungskredit sprechen, bei welchem der grösste Teil für die Firma Talus vorgesehen ist (CHF 750'000 bei einem Gesamtbetrag von knapp CHF 1 Mio. Für die Software NEST fallen im vorliegenden Verpflichtungskredit gar keine Kosten an und die Lizenzgebühren werden erst in den Folgejahren anfallen. Beim Kredit heute geht es also darum, diesem "Integrator" den Auftrag zu vergeben. Der Gemeinderat führt die Vergabe an die Firma Talus nicht weiter aus. Der vorliegende Bericht beschränkt sich auf ein paar wenige Zeilen dazu. Es gibt neben der Firma Talus meines Wissens fünf weitere Firmen, welche die Software NEST vertreiben. Deshalb stellt sich die Fraktion GLP die Frage, wie der Gemeinderat dazu kommt, sich ohne Ausschreibung für Talus zu entscheiden und den Auftrag freihändig zu vergeben. Der Gemeinderat stellt sich auf Basis einer Marktanalyse auf den Standpunkt, dass alleine Talus mit einer Ausnahme sämtliche Anforderungen erfüllt habe. Nach den Richtlinien des "WTO-Abkommens" (Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen; SR 0.632.231.422) ist Voraussetzung für eine freihändige Vergabe, dass Dienstleistungen nur von einem bestimmten Anbieter erbracht werden können und es keine angemessenen Alternativen oder Ersatz gibt. Die durchgeführte Marktanalyse habe keine Alternative ergeben. Ich hätte die Marktanalyse gerne gesehen. Leider wurde sogar der GPK die Einsichtnahme verwehrt. Auf Nachfrage stellte sich nämlich heraus, dass der Gemeinderat es als unnötig erachtete, andere potentielle Anbietende anzufragen. Der Gemeinderat stellt einfach fest, dass kein Konkurrent Alternativen anbieten könne, ohne dass er diese überhaupt angefragt hat.

Noch eine Bemerkung zur eingereichten Beschwerde: Diese wurde nicht von einem der fünf NEST-Konkurrenten eingereicht, sondern vom Anbieter einer anderen Software. Das Regierungsstatthalteramt hat die Beschwerde abgelehnt. Wie der Gemeinderat vertritt es die Meinung, dass die Software NEST das am besten geeignete Produkt ist. Der Konkurrent mit einer anderen Software kann somit kein gleichwertiges Angebot unterbreiten. Der Beschwerdeführer hat sich aber auch nicht bemüht, das Gegenteil zu beweisen. Festzuhalten ist, dass das Regierungsstatthalteramt nicht die Auswahl der Vertriebspartner prüfte, sondern lediglich die Software NEST mit dem Konkurrenzprodukt verglich. Die abgewiesene Beschwerde ist also kein Grund anzunehmen, das Vergabeverfahren sei korrekt abgelaufen. Die Fraktion GLP hegt

höchste Zweifel an diesem Vorgehen des Gemeinderats. Deshalb stellen wir den Rückweisungsantrag mit dem Ziel, das Verfahren nochmals transparent durchzuführen. Das bisherige Vorgehen hinterlässt nämlich den Eindruck, dass der Vertriebspartner bereits von vornherein feststand und kein Interesse an anderen Anbietenden bestand. Das Vorgehen ist nicht korrekt. Zumindest ein RFI (Request for Information), also eine Leistungsanfrage potenzieller Software-Hersteller hätte erfolgen müssen. Ein Vergabeverfahren dient schliesslich dazu, eine Auswahl zu erhalten, so dass das wirtschaftlich günstigste Angebot berücksichtigt werden kann. Für dieses Geschäft wurden keine solchen Bemühungen unternommen. Im Gegenteil, es wirkt, als ob die Anforderungen so formuliert wurden, dass eine freihändige Vergabe erfolgen kann.

Wie Sie wissen, ist die Finanzlage der Stadt Biel nach wie vor nicht rosig. Die Verschuldung steigt weiterhin stark an. Erst vor Kurzem wurde im Stadtrat über relativ kleine Beträge von wenigen zehntausend Franken gestritten. Ludothek, Tierpark oder Gassenküche standen zur Debatte. Vor diesem Hintergrund kann der Stadtrat es sich nicht leisten, einen Kredit von CHF 1 Mio. einfach so freihändig zu sprechen. Ich bin überzeugt, niemand möchte einen solchen Entscheid seinen WählerInnen erklären müssen. Sagen wir also stopp und lassen das Verfahren transparent und vorschriftsgemäss wiederholen.

Sprengr Titus, Passerelle: Erlauben Sie mir, mich zu Beginn selber zu outen: Ich bin IT-Projektleiter beim Bundesamt für Umwelt. In dieser Funktion beschäftigt mich das öffentliche Beschaffungswesen täglich. Es ist keine einfache Materie und beschäftigt Heerscharen von Juristen. Die Grundlage für Bund, Kantone und Gemeinden bildet das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen von 1994. Es geht um Prinzipien wie Wirtschaftlichkeit, Gleichbehandlung, Wettbewerb und Transparenz. Ich möchte einen Punkt hervorheben: Auf der Webseite der IT-Lösung NEST finden sich insgesamt sechs offizielle Vertriebspartner. Nebst diesen gibt es noch weitere Anbietende, Talus ist also bei weitem nicht die Einzige. Der Gemeinderat hat ohne weitergehende Erklärung in seinem Bericht die Firma Talus bestimmt. Auf welcher beschaffungsrechtlichen Grundlage dieser Zuschlag erfolgte, entzieht sich meiner Kenntnis. Eine freihändige Vergabe ist nur dann zulässig, wenn nur ein Anbieter die geforderte Leistung erbringen kann oder wenn nach durchgeführtem Beschaffungsverfahren kein Angebot eingereicht wurde. Das ist der Fall, wenn die Anbieter den Aufwand scheuen und deshalb lieber auf ein Angebot verzichten. Eine Ausschreibung hinsichtlich Erweiterung von NEST für die Erfüllung der Anforderung der Zweisprachigkeit fand nicht statt. Dass es nur eine Firma geben soll, die fähig ist, eine solche Erweiterung in Zusammenarbeit mit dem Softwarehersteller innoSolv AG zu entwickeln, erscheint mir nicht plausibel. Der Stadtrat als Aufsichtsorgan des Gemeinderats hat hier, wo unklar ist, auf welcher Grundlage ein Auftrag von über CHF 755'000 vergeben wird, entsprechend korrigierend einzuwirken. Bitte beachten Sie dabei auch, dass ein solcher Zuschlag Signalwirkung in der IT-Branche hat. Die Stadt Biel muss aufpassen, dass sie es sich mit zukünftigen Anbietenden nicht verscherzt, indem sie Aufträge auf waghalsige Weise und nicht im ordentlichen Beschaffungsverfahren vergibt. Findet kein Wettbewerb statt, kostet eine Leistung auch immer mehr auf Kosten der Bieler Steuerzahlenden. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Rückweisungsantrags.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO begrüsst eigentlich den Systemwechsel von der heutigen SAP-Lösung für die EWK zum Standardprodukt

NEST. Die Kritik und den Rückweisungsantrag der Fraktion GLP/Passerelle nimmt die Fraktion SP/JUSO zur Kenntnis. Sie möchte aber vorgängig die Argumente des Gemeinderats abwarten, weshalb die Auftragsvergabe an Talus erfolgen soll. Anschliessend werden wir uns beraten. Zu beachten ist, dass auch eine Rückweisung etwas kosten wird. Sie kostet Zeit und Zeit ist Geld. Eine sorgfältige Abwägung wäre deshalb angebracht. Ist eine Rückweisung bei fraglicher Korrektheit der Vergabe sinnvoll oder macht die Zustimmung zum entsprechenden Verpflichtungskredit, verbunden mit der Hoffnung, dass es beim nächsten Mal besser läuft, mehr Sinn?

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés a remarqué qu'il y avait du positif et du négatif dans la proposition de renvoi du Groupe PVL/Passerelle. Il souhaite donc laisser la liberté de vote (Stimmfreigabe für der Fraktion SVP/Die Eidgenossen).

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Neben dem bereits erwähnten Projekt "Insieme" habe ich weitere desaströse Vergabeverfahren des Bundes miterlebt. Festzuhalten ist, dass nach den Urteilen des Verwaltungsgerichts, die Verfahren neu durchgeführt werden mussten und dadurch jedes Mal teurer wurden. Das Ziel des WTO-Abkommens, der öffentlichen Hand zu ermöglichen, durch Wettbewerb kostengünstig Beschaffungen zu tätigen, wird bei praktisch allen Projekten verfehlt. Die zeitliche Verzögerung durch die längere Verfahrensdauer bringt jeweils Mehrkosten mit sich. Trotz der Kritik und dem Tadel an der freihändigen Vergabe, empfehle ich dem Stadtrat, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Im Interesse einer gut funktionierenden Verwaltung der Einwohnerdaten muss die SAP-Lösung sofort abgelöst werden, andernfalls sie die Stadt Biel jedes weitere Betriebsjahr mehr kostet als die jetzt vorgeschlagene Lösung. Sollten wir in zwei Jahren nach einem korrekt durchgeführten Ausschreibungsverfahren vor demselben Entscheid stehen wie heute, hätten wir für die alte SAP-Anwendung mehr bezahlt als heute für die NEST-Lösung.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne stellte sich dieselben Fragen wie bereits drei VorrednerInnen. Uns fällt der Entscheid nicht leicht. Der Entscheid für das Produkt NEST scheint plausibel. Allerdings wirft das Vergabeverfahren einige Fragen auf. Ich möchte die bereits gemachten Äusserungen nicht wiederholen. Wie die GPK kritisiert auch die Fraktion Grüne die fehlenden Ausführungen zum Datenschutz. Wir sind gespannt auf die Stellungnahme des Gemeinderats. Im Moment ist die Haltung der Fraktion Grüne gegenüber dem Rückweisungsantrag gespalten.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je pense, qu'il a quelques confusions dans cette affaire sur la question de la procédure de gré à gré, que j'aimerais lever. L'adjudication a été publiée avec l'invitation aux concurrents, qu'ils peuvent offrir un produit et cela à un prix inférieur. Un seul de ces concurrents, comme l'a dit Monsieur Briechle, a fait recours. Ce recours ne pouvait pas se limiter à contester la manière de faire de la Ville de Bienne. Le recourant devait aussi démontrer qu'il pouvait offrir un produit plus avantageux, qui remplit les critères d'adjudication. C'est l'idée même de la procédure de gré à gré. Le recourant n'a pas pu le faire et voilà la raison pour laquelle ce recours a été déclaré comme irrecevable. Vous pouvez me citer: Das Verfahren war juristisch korrekt und transparent. Les informations, qui sont retenues dans cette demande de renvoi sont fausses. La procédure a été correcte. La Préfecture l'a jugée et a confirmé que la Ville avait procédé de manière tout à fait correcte. Cette décision est entrée en vigueur. De ce fait, quelle serait la situation si le Conseil de ville décidait de ne pas accepter cette décision? La Préfecture a pris une décision et confirmé que

la Ville avait procédé de la bonne manière. En ce sens, si d'aventure, on devait maintenant ouvrir une nouvelle procédure, la question de ce que ferait Talus Informatik AG par rapport à cette décision, je ne la connais pas, mais cette société demanderait peut-être des dédommagements... Une autre procédure aboutirait sans doute à la même décision puisqu'une entreprise a été choisie. Madame Tanner, je dois préciser que l'on ne peut pas prendre le produit standard NEST et le donner à quelqu'un d'autre. Il y a des développeurs qui peuvent l'implémenter. La Ville a adjugé le marché à Talus Informatik AG et il n'y a pas eu de recours déposé par les cinq autres développeurs, qui prouve que cette solution peut être obtenue à un autre prix. C'est certain, la procédure sera longue, mais elle aboutira exactement à la même solution. Pendant ce temps, comme vous l'avez dit Monsieur Sutter, il faudrait faire des adaptations de la solution actuelle basée sur la plate-forme SAP CRM, qui est dépassée et ne satisfait plus aux exigences actuelles. Il faudrait investir environ 100'000 fr. pour pouvoir continuer à travailler avec cette plate-forme. Pour la mise en vigueur des registres demandée par le Canton, il faudrait investir l'année prochaine environ 150'000 fr. et également renoncer aux centaines d'heures de travail interne, qui ont favorisé le choix de cette solution. Avec ces explications, vous voyez que ça ne vaut pas la peine de soutenir cette demande de renvoi seulement pour des raisons financières. Tout cela pour vous dire que cette demande de renvoi, telle qu'elle est motivée, n'est tout simplement pas correcte. Le renvoi de cette affaire remettrait beaucoup d'argent en question. C'est pour cette raison, que je vous encourage à ne pas soutenir la proposition de renvoi du Groupe PVL/Passerelle.

Sprenger Titus, Passerelle: Manchmal staune ich, worüber das Regierungsstatthalteramt alles Bescheid wissen muss. Im vorliegenden Fall geht es um das Beschaffungsrecht. Im Entscheid des Regierungsstatthalteramtes heisst es, dass auf die Beschwerde nicht eingetreten wird. Es wurde nicht bestätigt, dass das Beschaffungsverfahren korrekt ablief. Eine Antwort des Gemeinderats auf die Frage, warum die Firma Talus bestimmt wurde, habe ich nicht gehört. Aufgrund der erforderlichen Zweisprachigkeit, die bei den anderen Anbietenden nicht vorhanden gewesen sein soll, ist es doch eigenartig, eine Beschaffung über CHF 755'000 einfach so freihändig zu vergeben. Die Gesamtkosten enthalten zwei verschiedene Beschaffungsaspekte, die nicht vermischt werden können. Die Lizenzkosten für das Produkt NEST sind unbestrittenermassen günstiger als Implementation und Support der Software. Der wesentlich bedeutendere Teil der Kosten bezieht sich aber auf den freihändig zu vergebenden Auftrag an die Firma Talus. Weshalb wurde keine Ausschreibung (Submission) gemacht? Die Publikation auf Simap (elektronische Plattform von Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens) ist als Erklärung unzureichend.

Briechele Dennis, GLP: Ich gehe kurz auf die Äusserungen der VorrednerInnen ein. Der Sprecher der Fraktion FDP hat sich quasi gegen einen "Wettbewerb" ausgesprochen, was mich sehr erstaunt. Faktisch sagte er, dass besser darauf verzichtet werden sollte, weil zu umständlich. Dass ein solches Argument ausgerechnet von der FDP als Wirtschaftspartei kommt, die sich sonst für den freien Markt einsetzt, finde ich schon bemerkenswert. Zu den unterschiedlichen Kosten für den jährlichen Support und Betrieb des Systems halte ich Folgendes fest: Gemäss den Unterlagen des Gemeinderats kostet die aktuelle SAP EWK-Lösung pro Jahr CHF 15'000 mehr als das NEST. Diese Mehrkosten halten sich jedoch im Rahmen. Zu den Ausführungen der Finanzdirektorin hat Herr Sprenger das Wesentliche bereits gesagt. Ich halte fest, dass eine freihändige Vergabe gewählt wurde. Die Publikation auf Simap

ist nicht mit der Aufforderung verbunden, dass ein besseres Angebot eingereicht werden kann. Zu den Bestimmungen für ein freihändiges Verfahren zitiere ich aus dem Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (SR 0.632.231.422) Art. 15 Abs. 1 Bst. b "*Wenn bei [...] bei fehlendem Wettbewerb aus technischen Gründen die Waren oder Dienstleistungen nur von einem bestimmten Anbieter geliefert werden können und es keine angemessene Alternative oder keine Ersatzware gibt*". In diesem Fall ist es rechters, Aufträge freihändig zu vergeben. Der Gemeinderat begründet die freihändige Vergabe aber damit, dass keiner der Anbietenden alle Vorgaben erfüllt. Die ausführliche Marktanalyse habe ergeben, dass von den sechs offiziellen Anbietenden keiner alle Kriterien erfülle...

Sutter Andreas, FDP: Warum sollte die freihändige Vergabe nicht gültig sein, wenn kein Unternehmen nach der Publikation des Zuschlags auf Simap Beschwerde eingereicht hat? Herr Sprenger, wenn Sie mit dem Vergaberecht so vertraut sind, müssen Sie diese Frage beantworten können. Herr Briechle, Sie haben gesagt, dass die Fraktion FDP nicht marktorientiert denkt. Ich habe vorhin erklärt, dass eine Rückweisung die Stadt Biel teurer zu stehen kommt, als wenn jetzt Eintreten beschlossen würde. Gewisse Vorbehalte zu diesem Vorgehen hat auch die Fraktion FDP. Bei einer Rückweisung müsste die heutige SAP-Lösung weiterentwickelt werden. Damit fielen pro Jahr Kosten von CHF 150'000 an. Die Lebensdauer dieser Lösung ist gegenüber der neuen Anwendung NEST aber kürzer und teurer.

Cadetg Leonhard, FDP: Wenn wir im Stadtrat von Markt sprechen, geht es nicht um den freien Markt sondern um Rahmenbedingungen. Es wurde bereits erwähnt, dass diese Rahmenbedingungen grundsätzlich für alle Marktteilnehmenden gelten. Der Markt wurde somit genutzt. Mehr Wettbewerb würde nicht innerhalb nützlicher Frist und mit vertretbaren Kosten zu einer besseren Lösung führen. Die Fraktion FDP ist überzeugt, dass das Geschäft korrekt erarbeitet wurde und das richtige Verfahren gewählt wurde. Insofern unterstützt die Fraktion FDP das Vorgehen des Gemeinderats aus Vernunftgründen.

Wiher Max, GLP: Wenn es für das benötigte Produkt fünf oder sechs Anbietende gibt, müssen diese mindestens alle angeschrieben werden. Wenn ich als Unternehmer einen neuen Drucker anschaffen will, gehe ich auch nicht einfach zum erstbesten Anbieter, sondern vergleiche verschiedene Angebote. Ich finde, wir sind es der Stadt Biel schuldig, das bestmögliche Produkt zum bestmöglichen Preis zu beschaffen. Gerade in der schwierigen finanziellen Situation, in der sich die Stadt befindet. Herr Sutter, Sie rechnen mit sehr hohen Mehrkosten bei einer Rückweisung. Die Rechnung ist jedoch eine andere. (*Zwischenruf*) Die Kosten für das neue Produkt betragen CHF 135'000, diejenigen für das bisherige CHF 150'000 pro Jahr. Draus ergibt sich eine Differenz von CHF 15'000. Um diesen Betrag wäre die Weiterführung der alten Anwendung pro Jahr teurer. Die Anfrage bei den fünf anderen Anbietenden dürfte aber höchstwahrscheinlich eine gleich hohe Einsparung ergeben. Ich rate deshalb, den Rückweisungsantrag anzunehmen. Das Verfahren ist korrekt abzuwickeln.

Bord Pascal, PRR: À quoi joue notre Parlement ce soir? Exerçons-nous notre rôle politique ou voulons-nous nous substituer à la justice? Il existe des voies de droit. Il y a eu un recours et la décision est tombée. Le Préfet a déjà pris une décision, laissons faire la justice. Je ne crois pas, même si dans ce Parlement il y a des gens d'expérience, que nous soyons plus à même de décider. Si nous mélangeons les pouvoirs, nous discréditons tout le système.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Herr Bord, ich beantworte Ihre Frage gerne: Der Stadtrat nimmt heute Abend keine Rechtssprechung vor. Der erwähnte Rekurs betrifft nicht das zur Diskussion stehende Thema. Beim Rückweisungsantrag geht es um die Vergabe an den "Integrator". Der Rekurs wurde von einer Firma eingebracht, die nicht Anbieterin des Produktes NEST ist. Auf die Frage, warum nur Talus als "Integrator" berücksichtigt wurde, haben wir bis jetzt keine Antwort erhalten.

Steidle Silvia, directrice des finances: Monsieur Briechle, vous citez des courriels que vous n'avez jamais produits. Je suis désolée, mais s'il s'agit d'un "komisches Vorgehen". Je ne sais pas qui vous a écrit. Je ne sais pas quelles sont ces entreprises. C'est un peu difficile, aujourd'hui, sans aucune connaissance de ces courriels de se prononcer. Monsieur Briechle, je confirme qu'il y a d'autres fournisseurs, mais ils ne sont pas aptes à proposer une solution à la Ville de Bienne. En effet, dans l'étude de marché, il est très clairement dit qu'il n'y a pas n'importe quel fournisseur qui peut installer NEST, même s'il travaille avec NEST. Il y a des fournisseurs, qui travaillent avec des très petites communes. Alors, peut-être que l'un de ceux-là n'a effectivement pas été contacté, puisqu'il a été biffé comme d'autres l'ont été également. Lors de la présentation au Conseil de ville, je vous les ai tous indiqué de manière totalement transparente. Monsieur Sprenger, même s'il y a d'autres fournisseurs l'entreprise Talus Informatik AG a été choisie car cette entreprise travaille dans le Canton de Berne et a son siège à Wiler bei Seedorf. Cette entreprise connaît la loi sur les communes bernoises. Les autres ont été informés par la voie de la publication sur le site www.simap.ch et ils n'ont pas fait recours, ni proposé cette prestation. Monsieur Briechle, l'entreprise OBT AG, qui a son siège à St-Gall est également une grande entreprise. Elle n'a pas pu satisfaire à nos exigences. Le Conseil municipal a fait son travail très clairement et ces informations concernant des courriels qui auraient circulé sont erronées. Je me demande à quoi joue le Groupe des Verts libéraux? Ce n'est pas joli de contrôler ce qui a été fait et de jeter le discrédit sur les services de l'Administration. Il y a eu une procédure, le Préfet a confirmé que tout était correct et a aussi refusé le recours. Vous pouvez, bien entendu, douter de la compétence de la Préfecture, mais c'est une autre question.

Ordnungsantrag

Gugger Reto, BDP: Ich bemerke in dieser Diskussion einige Missverständnisse, die bilateral ausgeräumt werden sollten. Ich schlage deshalb vor, die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen.

Bord Pascal, PRR: Je propose que l'on procède au vote de l'affaire, tout de suite.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Über Ordnungsanträge wird unverzüglich und diskussionslos abgestimmt. *(Unruhe im Saal)*

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag von Herrn Gugger

Der Antrag wird angenommen.

Die Sitzung wird für 10 Minuten bis 22.00 Uhr unterbrochen. *(Unruhe im Saal)*

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Herr Bord zieht seinen Ordnungsantrag zurück. Herr Briechle wünscht, eine persönliche Erklärung abzugeben.

Briechle Dennis, GLP: Die Finanzdirektorin hat mir vorhin vorgeworfen, ich hätte irgendwelche E-mails erfunden. Ich habe die gedruckte Version der erwähnten Mails in der Zwischenzeit den Fraktionspräsidenten abgegeben. Sie wissen nun, dass diese Behauptung nicht stimmt. Ich fordere von der Finanzdirektorin eine Klarstellung, wie Ihre Äusserung zu verstehen ist. Auf der Homepage von NEST sind sechs offizielle Vertriebspartner aufgelistet. Ich habe die Vertriebspartner auf deren Internetseite kontaktiert, das ist alles.

Steidle Silvia, directrice des finances: Excusez-moi, Monsieur Briechle, si je vous ai touché et fâché, mais ce que j'ai dit c'est que vous prétendez avoir des courriels, que je n'ai jamais vus. C'est cela que je voulais dire, quand j'ai dit qu'ils n'ont jamais été produits. Vous les avez distribués maintenant, mais si vous ne les donnez pas à l'avance, je ne peux pas prendre position de manière fondée et consolidée.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Möchten Sie zu den letzten vor dem Sitzungsunterbruch geäusserten Voten noch Stellung nehmen Frau Steidle? Sur le débat, après votre première intervention, vous souhaiteriez encore ajouter quelque chose Madame Steidle?

Steidle Silvia, directrice des finances: Je pense que cela serait nécessaire de donner encore une réponse à la deuxième question de Monsieur Briechle, car c'est apparemment cette discussion qui a eu lieu pendant les dix minutes d'interruption de séance. Le produit présenté n'est apparemment pas contesté. Plusieurs prestataires peuvent introduire ce produit, mais aucun prestataire peut le faire de manière bilingue. Plusieurs prestataires ont été nommés et sur six respectivement cinq, il y en a trois qui ne sont pas en mesure de travailler avec des grandes communes, car ils ont l'habitude de collaborer qu'avec des petites communes. Il en reste donc trois qui pourraient accepter ce mandat, mais l'entreprise basée à Lausanne nous a informé qu'elle ne souhaitait pas travailler à Berne. Il reste deux entreprises, une basée à Berne et qui a des connaissances et des compétences adaptées pour le Canton de Berne et l'autre basée à Zürich, qui n'a effectivement pas été contactée. Voilà pourquoi l'entreprise Talus AG a été choisie et aucun recours n'a été déposé de la part des cinq autres entreprises compétentes en la matière.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag der Fraktion GLP / Passerelle

Der Antrag wird abgelehnt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Damit treten wir nun auf das Geschäft ein. Ich erteile das Wort nochmals der GPK-Sprecherin.

Tanner Anna, GPK: Die wichtigsten Punkte wurden bereits erwähnt. Die GPK ist der Ansicht, dass eine neue Lösung für die Einwohnerkontrolle dringend nötig ist.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: C'était un peu confus. On est bien d'accord que l'on parle maintenant du crédit d'engagement. Le Canton de

Berne oblige la Ville de Bienne à construire une interface informatique avec la base de données cantonale, ceci afin de permettre la gestion des données informatisées. Le Groupe UDC/Les Confédérés se pose néanmoins plusieurs questions en tenant compte du statut bilingue de la Ville de Bienne:

- Combien cela coûterait-il à la Ville si elle garderait le logiciel actuel en utilisant SAP amélioré, basé sur l'exemple de la Ville de Zürich et en y intégrant les coûts du projet eDéménagement Suisse? Je ne parle pas des frais récurrents, mais bien du prix de la mise à jour.
- Combien coûterait le nouveau logiciel et sa mise en place en partant du principe d'abandon de la solution actuelle et en y intégrant tous les éléments énumérés auparavant. La somme de 1.3 mio. fr. est-elle réaliste?
- Quelle est la position de la Ville de Berne sur ce sujet étant donné les échanges intenses entre les deux principales villes de notre Canton?
- À titre indicatif, sachant que le support informatique actuel revient à environ 150'000 fr. par année, combien coûterait le support informatique actuel amélioré?
- À titre de comparaison, vous estimez le coût annuel de la nouvelle solution NEST à environ 135'000 fr. est-ce bien juste?
- Quelle est la durée de vie supposée en cas de mise en place d'une nouvelle solution informatique?
- Peut-on logiquement extrapoler une durée de vie de dix ans en partant du principe d'un amortissement sur cinq ans, est-ce réaliste?
- Quels ont été, à ce jour, les frais engagés concernant ce projet? Cette information peut s'avérer très importante dans la prise de décision concernant le crédit d'engagement puisqu'on vient de voter sur des propositions d'amendement avec des frais supplémentaires engagés. Le Groupe UDC/Les Confédérés se permet également de vous rendre attentif que lors d'une migration, bien souvent, il peut y avoir un écart assez conséquent entre le budget de l'opération et le résultat final.
- En tenant compte de tous les facteurs, notamment des bugs pouvant intervenir, des processus de mise en place et des tests (qui demandent des heures supplémentaires de développement), quel type de contrat la Ville de Bienne a-t-elle prévu et quelle est la fourchette de dépassement du budget prévu pour l'une ou l'autre des solutions?
- Quels instruments de mesure la Ville a-t-elle mis en place pour évaluer et contrôler le développement du projet, soit la version SAP améliorée ou soit NEST?
- Existe-t-il une personne de référence unique qui gère le projet du début à la fin et qui fonctionne comme répondant et centralisera toutes les demandes sur le projet à venir?
- Si d'autres langues sont implémentées au système, le Conseil municipal va-t-il se conformer aux langues nationales, sans prendre en compte le romanche ou va-t-il vouloir se substituer à une organisation internationale en ajoutant d'autres langues étrangères non reconnues officiellement en Suisse et ainsi augmenter significativement les frais inhérents à ce projet?

Dans l'attente de vos réponses, le Groupe UDC/Les Confédérés reconnaît le travail fourni par les personnes ayant passé de nombreuses heures à élaborer ce rapport de qualité et les remercie chaleureusement. À la question de savoir si le crédit d'engagement du projet NEST doit être accepté ou refusé, nous avons décidé de laisser le libre choix d'appréciation au Conseil de ville.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Ablösung der heutigen SAP-basierten EWK ist der Fraktion SP/JUSO wichtig. Inhaltlich sollte die Umstellung möglichst rasch vorgenommen werden, damit die bestehenden Daten richtig übernommen werden. Wenn das neue Produkt nicht rasch eingeführt wird, kommen auf die Stadt Biel erhebliche Mehrkosten zu. Die neue Applikation NEST ist die einzige zweisprachige Anwendung, was für Biel von grösster Wichtigkeit ist. Verschiedene Städte wie Thun, Winterthur und Luzern setzen dieses System bereits erfolgreich ein. Die jährlichen Lizenz- und Update-Kosten sind tiefer als heute. Die Fraktion SP/JUSO hofft, dass der Gemeinderat bei zukünftigen Vergaben sorgfältiger vorgehen wird. Trotzdem ist die rasche Umsetzung des neuen Systems wichtig.

Vlaiculescu Christiane, au nom du Groupe PSR: Il s'agit d'une solution très importante pour les francophones. Je pense que nous avons été oublié en partie dans l'analyse de certaines personnes. La solution doit, par la loi cantonale bernoise et le Règlement de la Ville, être une solution bilingue. La Ville de Bienne a absolument besoin d'un système qui fonctionne. Le rapport stipule que l'adaptation et les mises à jour ne donneront pas lieu à des coûts supplémentaires. Ceci réjouit le Groupe PSR. Le produit offre de nouvelles interfaces avec le Canton de Berne, mais aussi avec la Ville de Berne. Le Groupe PSR soutiendra ce crédit d'engagement. Toutefois, quelques questions se posent:

- Y aurait-il des conséquences au niveau du personnel?
- Des solutions de reclassement sont-elles prévues?
- Des possibilités de formation continue sont-elles prévues?

La Ville devra fournir des possibilités de travailler avec ce système. Il faut aussi espérer, que ce produit qui va être développé pour Bienne, est aussi un produit spécifique bilingue. Il pourrait peut-être intéresser d'autres villes, qui n'ont pas le statut bilingue ou la même proportion de francophones. La Ville de Bienne pourrait, à ce moment-là, faire de la propagande pour ce produit. Le Groupe PSR recommande de suivre la proposition du Conseil municipal et vous remercie.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Zu dieser späten Stunde habe ich mich geistig schon fast in mein "Nest" verabschiedet. Deshalb sage ich nur kurz, dass die Fraktion Grüne dem Geschäft zustimmen wird. Auch für uns ist ein zweisprachiges Produkt wichtig. Ein sofortiger Wechsel ist angezeigt. Wie beim vorherigen Geschäft zur Website wird die Fraktion Grüne auch hier dem gleichlautenden Antrag der Herren Sprenger und Bohnenblust zustimmen.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird dem vorliegenden Verpflichtungskredit unter den bereits geäusserten Vorbehalten zustimmen. Offensichtlich waren die Abläufe nicht so transparent wie wir uns das in Zukunft wünschen. Frau Steidle konnte jedoch klarstellen, dass bis auf die fehlende Transparenz das Vorgehen korrekt war. Im Rahmen eines Dienststellenbesuchs der GPK vor einigen Jahren konnte diese einen Eindruck über die Arbeitsweise der Mitarbeitenden an den Schaltern gewinnen. Die Suche und Bereitstellung der benötigten physischen Dokumente aus der sehr umfangreichen Ablage beanspruchte sehr viel Zeit. Das Gewicht der Aktenberge in der Dienststelle wurde zeitweise sogar zu hoch für das Gebäude, so dass die Ablage teilweise ausgelagert werden musste. Mir drängte sich damals das Bild von zusammenstürzenden Papierstapeln (wie im Buch "Das Schloss" von Franz Kafka beschrieben) auf. Für die Fraktion FDP ist

ebenfalls ausschlaggebend, dass die neue Lösung bundesweit angewendet wird. Im Bericht wird zudem erwähnt, dass NEST mit der kantonalen Lösung für Gemeinderegister (GERES) kompatibel ist.

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Nach einem kürzlich erfolgten neuerlichen Besuch der GPK bei der Dienststelle für öffentliche Sicherheit wurde festgestellt, dass sich die Situation dort bereits deutlich verbessert hat.

Steidle Silvia, directrice des finances: J'aimerais répondre aux questions qui m'ont été posées. Vos nombreuses questions, Monsieur Waechter, mon Dieu, j'espère les avoir toutes notées. Mais avant d'y répondre, je souhaiterais faire une remarque très importante sur la protection des données. Il est clair que cet élément est essentiel et cela a déjà été rappelé par la représentante de la CDG. Ces réflexions ne sont pas uniquement importantes pour cette affaire-là, mais elles l'étaient aussi pour l'affaire 20180046 "Projet de nouveau site internet de la Ville de Bienne (stratégie numérique)", que vous avez traitée auparavant ainsi que pour tous les grands projets. Il incombe au Service informatique de la Ville d'appliquer les directives édictées relatives à la sécurité informatique et à la protection des données et de contrôler qu'elles soient correctement suivies. Tous ces projets sont présentés au responsable de la protection des données, Maître Kurt Stöckli, qui examine et évalue les processus et l'exécution des projets et contrôle que cela soit conforme à la protection des données. Je regrette, Madame Tanner, que ces informations ne figurent pas dans ce rapport. L'intervention de la CDG montre qu'il y a eu une incertitude à ce sujet et je vous remercie de me donner l'occasion d'apporter ces précisions. À l'avenir, ces éléments seront précisés dans chaque rapport destiné au Conseil de ville.

Monsieur Wächter, vous posez la question concernant les coûts. Je l'ai déjà dit auparavant. Si la Ville conserve le logiciel actuel en utilisant SAP amélioré et en y intégrant les coûts du projet eDéménagement Suisse les coûts se monteraient de 650'000 fr. à 800'000 fr. D'autres adaptations viendraient au fil des années car tout n'est pas prévu pour 2019. En effet, l'introduction de eDéménagement Suisse est prévue pour 2020. Le projet actuel revient à 997'184 fr. et toutes les adaptations sont comprises dans le projet. Il n'y aura rien de supplémentaire. La Ville de Berne se trouve dans une procédure ouverte. Je suis très impatiente de voir le résultat, car elle a dû faire cette procédure étant donné qu'elle n'est pas dans la même configuration que Bienne. Je ne peux pas me prononcer pour le moment car cette procédure est en cours. La durée de vie d'une nouvelle solution informatique est de dix à quinze ans. Les frais internes engagés sont énormes et se comptent en centaines d'heures de travail et de workshop, pour arriver à une solution convenable. À l'heure actuelle, il n'y a pas vraiment d'autres frais externes engagés pour ce projet. Nous pouvons aussi garantir que les frais prévus ne seront pas dépassés, car dans le contrat il y a des prestations, mais aussi une limite de crédit. Aucune autre langue ne sera implémentée au système. Ce n'est ni nécessaire, ni prévu. Le français et l'allemand sont les langues officielles de la Ville et cette application se doit donc bilingue et non trilingue. Je remercie également les personnes qui ont soulevé que ce projet est important, car ce n'est pas un projet que le Service informatique met en place pour lui-même. C'est un projet mis en place pour un service qui est celui du Service des habitants et le Conseil municipal est persuadé que cette solution est excellente pour la Ville. Elle est moderne et permet d'aller de l'avant

Wachter Olivier, UDC: Il y avait juste un point que vous avez sûrement omis. Avez-vous un référent pour gérer ce projet, une personne de contact qui centralise toutes les informations?

Steidle Silvia, directrice des finances: Il y a effectivement un chef de projet, qui connaît déjà aujourd'hui la solution qui est appliquée au Service des habitants, mais il y a aussi un quality manager et d'autres personnes aussi.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Es liegt ein Änderungsantrag der Herren Sprenger und Bohnenblust vor. Der Text ist gleichlautend wie bei Traktandum 4, 20180046 "Projekt neue Website der Stadt Biel (digitale Strategie)". Im Beschlussesentwurf wird eine neue Ziffer 3 beantragt: **"Die Einführung erfolgt erst, wenn die für das gewählte Produkt angemessenen Anforderungen hinsichtlich Informationssicherheit und Datenschutz formuliert und unabhängig geprüft wurden und deren Einhaltung mittels technischer und organisatorischer Massnahmen garantiert ist."**

Abstimmung

- über den Antrag der Herren Bohnenblust und Sprenger

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 4. Juli 2018, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Projekt «Ablösung der bestehenden Einwohnerkontrolle (EWK) durch das Standardprodukt NEST» wird genehmigt und der Verpflichtungskredit Nr. 28010.0874 in der Höhe von CHF 997'184.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Die Einführung erfolgt erst, wenn die für das gewählte Produkt angemessenen Anforderungen hinsichtlich Informationssicherheit und Datenschutz formuliert und unabhängig geprüft wurden und deren Einhaltung mittels technischer und organisatorischer Massnahmen garantiert ist.
4. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

175. Dringliche überparteiliche Motion 20180089, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP, «Unterhaltszulage pro Kind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt Bst a) der Motion anzunehmen und Bst b) abzulehnen.

Freuler Fritz, Fraktion Grüne: Bei meinem Motionsanliegen geht es um "Aufräumarbeiten" aus dem Jahr 2016 und ich denke, dass es im Stadtrat rascher behandelt werden kann, als die vorherigen Geschäfte... Die Motionäre danken dem Gemeinderat für die grundsätzlich positive Aufnahme des Anliegens. Es freut uns, dass der Gemeinderat beantragt, Bst. a unserer überparteilichen Motion erheblich zu erklären. Art. 34 des Personalreglements (SGR 153.01) ist mehrdeutig ausgefallen. Das gilt es nun zu korrigieren. Ich selber war Mitglied der Spezialkommission Personalreglement und Lohnsystem (PUL) und für diesen Fehler mitverantwortlich. In Art. 34 des Personalreglements steht "*Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Anspruch auf Familienzulagen haben, erhalten zusätzlich eine Unterhaltszulage pro Kind*". Hier wurde folglich der Anspruch auf Familienzulage mit deren Auszahlung gleichgesetzt und mit dem Anspruch auf die Unterhaltszulage verknüpft. Diese Interpretation der Verwaltung wurde angewendet, obschon auf Verordnungsstufe nicht weiter auf diesen Aspekt eingegangen wird. In selbiger steht in Art. 37 Abs. 1 "*Die Unterhaltszulage beträgt 50 Franken pro Kind und Monat*" und in Abs. 2 "*Sie wird unabhängig vom Beschäftigungsgrad ausgerichtet*". In der vorliegenden Antwort des Gemeinderates zu Bst. a freut uns Motionäre insbesondere seine Begründung. Ich zitiere: "*Im Rahmen der Teilrevision von Art. 34 des Personalreglements hält der Gemeinderat fest, dass der Stadtrat die Gleichbehandlung aller Mitarbeitenden der Stadt Biel sicherstellen möchte, unabhängig davon, wer innerhalb der Familie bereits die Familienzulage erhält*". Die Gleichbehandlung der städtischen Angestellten, welche der Gemeinderat anstrebt, ist ein wichtiger Grundsatz. Hat ein Arbeitgeber einmal festgestellt, dass die Gleichbehandlung nicht gewährleistet ist, dann sollte er möglichst wenig Zeit verlieren, um dies auszumerken. Es gilt, missverständliche Formulierungen in einem Reglement so bald als möglich zu korrigieren, wie wir Motionäre dies in Bst. b der Motion auch fordern. Ein Verzug lässt sich nicht rechtfertigen, weil er für die Betroffenen äusserst unangenehm und ärgerlich ist. Deshalb ist es für die überparteilichen Motionäre unverständlich, dass der Gemeinderat den Fehler erst im nächsten Jahr korrigieren will. Wenn er dafür mit einem erheblichen administrativen Mehraufwand argumentiert, dann sollte es aus unserer Sicht möglich sein, diesen Mehraufwand mit etwas gutem Willen in Grenzen zu halten. Unser Vorschlag entspricht einem pragmatischen, mit den Personalverbänden abgesprochenen Vorgehen. Es ist allerdings möglich, die Bringschuld der Stadt in eine Holschuld von Eltern oder Elternteilen umzuwandeln, so, wie dies auch bei den meisten Sozialversicherungen der Fall ist. Eine AHV-Rente muss von den Versicherten ebenfalls beantragt werden, nur dann wird sie auch ausbezahlt. Eine solche Vorgehensweise könnte unseres Erachtens auch hier angewendet werden. Eltern oder Elternteile können selber ihren rückwirkenden Anspruch auf die Unterhaltszulage selber geltend machen und begründen. Diesfalls sollte sich auch der administrative Aufwand der Stadt in Grenzen halten. Ich zitiere zum Schluss aus einer Medienmitteilung des Gemeinderates zur Revision des Personalreglements "*Die Stadt Biel soll sich als attraktive und konkurrenzfähige Arbeitgeberin für die kommenden Jahre positionieren*". Werte Stadtratsmitglieder, zu einer attraktiven Arbeitgeberin gehört eine verlässliche Haltung. Die städtischen Angestellten leisten viel! Das ist unbestritten. Sie dürfen daher auch erwarten, dass sich ihr Arbeitgeber professionell verhält und eine Ungleichbehandlung schnellstmöglich korrigiert. Dafür sind wir Stadtratsmitglieder zuständig und verantwortlich! Ich halte an der **Erheblicherklärung der Bst. a und b** unserer Motion fest!

Bohnenblust Peter, FDP, Fraktion FDP: Die Ausgangslage wurde von meinem Vorredner bereits dargelegt und ich versuche Wiederholungen zu vermeiden. Teilweise sind aber genau diese gewollt. Als Motionär bitte auch ich Sie, die Bstn. a und b erheblich zu erklären. Warum? Die Vorgeschichte wurde Ihnen bereits anlässlich der Behandlung meiner dringlichen Interpellation 20170348 «Unterhaltszulage: Verweigerte Gleichbehandlung wie lange noch?» im März dieses Jahres ausführlich dargelegt. Ich sprach damals von einer juristischen und personalpolitischen Frage. Bezüglich ersterer sind wir heute nicht weiter als damals. Der Gemeinderat hat kein neutrales Gutachten in Auftrag gegeben und bis heute wurden keine Klagen erhoben. Was die personalpolitische Frage anbelangt, bietet der Gemeinderat nun zumindest teilweise Hand, indem er uns und dem Personal in Aussicht stellt, auf 1.1.2019 das Personalreglement samt Verordnung anzupassen. Das zumindest die Antwort des Gemeinderates auf Bst. a unserer Motion. Dazu zweierlei: Die Motionäre erwarten, dass der Zeitplan eingehalten wird. Darum explizit die Frage an den Gemeinderat: Kann der Gemeinderat heute zusichern, dass der Zeitplan eingehalten werden kann? Die Beantwortung stammt ja vom 2. Mai dieses Jahres... Ferner hoffe ich, dass die neue Lösung personalverträglich und in Absprache (heisst Mitsprache) mit den Sozialpartnern umgesetzt wird.

Ich komme daher zu Bst. b unserer Motion, welche die Auszahlung der Unterhaltszulage rückwirkend per 1.1.2017 verlangt. Vorab ist dazu festzuhalten, dass die Problematik seit über anderthalb Jahren bekannt ist. Die Forderung nach Gleichbehandlung und dadurch auch die Forderung nach Einhaltung der Bundesverfassung wurden schon in den Sozialpartnergesprächen vom März 2017 klar dargelegt und begründet. Der Gemeinderat sagt aber weiterhin nein dazu. Er begründet dies heute mit finanziellen und administrativen Hindernissen sowie der daraus hervorgehenden Mehrarbeit. Das gilt es sicher näher anzuschauen. Für mich und etliche andere, insbesondere die betroffenen Mitarbeitenden, geht es vorliegend primär um Gleichbehandlung. Es geht aber auch um die Glaubwürdigkeit der Stadt Biel als Arbeitgeberin. Uns allen ist wichtig, dass unser Anliegen umgesetzt wird. Wie das geschehen soll, haben wir aber im Vorstoss offen gelassen. Mein Vorredner und Mitmotionär hat in seinen Ausführungen einen Lösungsvorschlag skizziert, nämlich, dass die von der Regelung betroffenen Mitarbeitenden den Anspruch selber geltend machen im Sinne einer sogenannten Holschuld. Die Vertretungen der Personalverbände können diesem Vorgehen, wie wir gehört haben, zustimmen. Wichtig ist zu betonen, dass eine solche Handhabung einen viel geringeren administrativen Aufwand generiert als der Gemeinderat befürchtet. Ebenfalls positiv zu erwähnen ist zudem, dass dadurch die Kosten geringer ausfallen, weil nicht alle Elternteile diesen Anspruch auch geltend machen dürften. Deshalb mein Appell an alle Stadtratsmitglieder: Zeigen Sie doch dem städtischen Personal Ihre Wertschätzung! Für mich ist auch noch wichtig, dass Sie mit der Erheblicherklärung von Bst. b der Motion vermeiden, dass die Stadt Biel von Betroffenen eingeklagt wird. Ein laufendes Klageverfahren würde ein schlechtes Bild auf die Stadt Biel und auf den Gemeinderat werfen. Ich bitte Sie daher noch einmal, Bst. a und b erheblich zu erklären. Da ich nun schon am Rednerpult stehe, hier auch noch mein Votum als Fraktionssprecher. Ich gebe bekannt, dass die Fraktion FDP Bst. a klar erheblich erklären wird, die Erheblicherklärung von Bst. b aber grossmehrheitlich ablehnt.

Bord Pascal, PRR: Je prends principalement la parole en tant qu'ancien président de la Commission spéciale de la révision totale du Règlement du personnel et du Système

salarial (CRS). La lettre a) de la motion reprend totalement la pensée de la CRS concernant l'égalité de traitement. La rétroactivité évoquée à la lettre b) me laisse un peu sceptique et ne me plaît pas vraiment. Toutefois, si le Conseil de ville adopte la lettre a) de la motion, il devrait presque adopter la lettre b) comme un fait accompli. Par contre, je souhaiterais que l'on soit certain que l'égalité de traitement est respectée lorsque l'on envisage de donner cette allocation d'entretien, uniquement sur demande et non automatiquement. Ceci, afin de s'assurer que la Ville ne puisse pas être attaquée sur cette manière de procéder.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Les deux lettres a) et b) de la motion ont été passablement discutés au sein du Groupe UDC/Les Confédérés. Nous rejoignons ce qui a été dit par Monsieur Bord. À notre sens, la lettre a) relève plus du domaine social. L'allocation pour enfants du Canton de Berne est allouée au parent ayant le salaire le plus élevé. Toutefois, l'allocation attribuée par la Ville de Bienne est clairement plus avantageuse que ce qui est prescrit par le Canton. Ce point est donc assez intéressant. Malgré cela, le Groupe UDC/Les Confédérés a décidé de rejeter la lettre a) de cette motion, principalement à cause de la situation financière actuelle de la Ville de Bienne. Pour en venir à la lettre b), il est à notre sens tout aussi évident qu'un paiement rétroactif n'est certainement pas une bonne transaction à réaliser, vu les finances de la Ville. C'est pour cette raison que notre groupe a aussi décidé de rejeter la lettre b) de cette motion.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Auch ich möchte nun nicht noch einmal auf die ganze Vorgeschichte, sowie auf die rechtlichen und inhaltlichen Differenzen zum Anliegen der Motionäre eingehen. In Zukunft sollen städtische Mitarbeitende mit Kindern von dieser Unterhaltszulage profitieren können. Mit Ausnahme derjenigen Stadtratsmitglieder, die keine zusätzlichen Unterhaltszulagen auszahlen wollen, bestehen diesbezüglich keine Differenzen. Es ist aber so, wie Herr Waechter dies vorhin erwähnt hat: Es gibt auch andere Auszahlungsmodelle. Insofern hat der Gemeinderat nach Treu und Glauben gehandelt, sollte dieser Vorwurf überhaupt im Raum stehen. Der Stadtrat hat mit vorliegendem, breit mitgetragenen Vorstoss das Zeichen gesetzt, in welche Richtung es zukünftig gehen soll. Der Gemeinderat nimmt dieses stadträtliche Ansinnen auf und setzt es um, denn aus personalpolitischer Sicht spricht nichts dagegen, im Gegenteil. Soweit die Grundsatzfrage. Nun aber zum Bst. b der Motion. Ich möchte Sie alle bitten, bei der Folgegebung dieses Punktes dem Gemeinderat zu folgen. Die dargebrachten Argumente vermögen den Gemeinderat nicht zu überzeugen. Möglichst wenig Zeit verlieren bis zur Korrektur der Auslegung der Bestimmung im Personalreglement? Ja, aber mit Blick auf die Zukunft, nicht rückwirkend! Zweiteres ist eine andere Frage. Der Vorstoss wurde dieses Jahr eingereicht und soll nächsten Januar 2019 umgesetzt werden. Das ist realistisch der nächstmögliche und passende Zeitpunkt für die angepasste Umsetzung der Unterhaltszulage. Herr Bohnenblust, es liegen keinerlei Anhaltspunkte vor, dass dieser Termin nicht eingehalten werden könnte. Das sage ich Stand heute und wir haben nun doch immerhin bereits den 20. September 2018! Ich plädiere daher für die Umsetzung der Unterhaltszulage auf den nächstmöglichen Termin, also den 1.1.2019.

Auch Sie Herr Freuler gehören zu jenen, die sich immer wieder um die Arbeitsbelastung des städtischen Personals sorgen. Die Abteilung Personelles - darüber haben wir zusammen bereits diskutiert Herr Freuler - ist eine nicht überdotierte Abteilung, gerade in Hinblick auf den Personalzuwachs der letzten Jahre, über welchen wir nächsten Monat erneut diskutieren werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass sich der

Aufwand für die Abwicklung einer retroaktiven, manuellen Auszahlung der Unterhaltszulagen nicht lohnt. Die Abteilung Personelles, welche diese Aufgabe wahrnehmen müsste, würde dadurch zusätzlich unter Druck gesetzt, weil sie alle Anträge bearbeiten müsste. Noch einmal: Mit ein Grund, weshalb für die Auszahlung der Unterhaltszulagen auf die Bedingungen für die Auszahlung der Kinderzulagen abgestellt wurde war, dass der manuelle Aufwand andernfalls viel zu hoch gewesen wäre, weil Kinder bis anhin im städtischen System nur dann erfasst werden, wenn auch Kinderzulagen ausbezahlt werden. Das heute postulierte "Holschuld-Prinzip" ist für den Gemeinderat neu und wurde erst im Vorfeld der Beantwortung im Stadtrat aufgebracht, zumal die Behandlung der Motion bekanntlich bereits verschiedentlich verschoben werden musste. Der Gemeinderat hat seinerseits Indizien dahingehend, dass das propagierte "Holschuld-Prinzip" möglicherweise seinerseits gegen das Gleichbehandlungsgebot verstösst. Dies gälte es aber noch vertiefter abzuklären. Vereinfacht zusammengefasst würde das heissen, dass diejenigen Mitarbeitenden, die aktuell bei der Stadt arbeiten und Mitglied der Sozialpartner sind, von der Möglichkeit, die Unterhaltszulage einfordern zu können, erfahren dürften, nicht aber die nicht mehr bei der Stadt Biel Beschäftigten oder in Biel Wohnenden. Sie würden leer ausgehen, was ebenso ungerecht ist. Aus diesem Grund macht Ihnen der Gemeinderat beliebt, sich nach vorne auszurichten, die Unterhaltszulage per 1.1.2019 einzuführen und auf eine Rückwirkung zu verzichten, um der Abteilung Personelles und den übrigen Dienstbereichen den Mehraufwand für die Jahre 2017 und 2018 zu ersparen. Der zu leistende Mehraufwand lohnt sich nicht und das propagierte "Holschuld-Prinzip" dürfte seinerseits für weitere Ungleichbehandlung sorgen. Neue Bestimmungen werden ferner üblicherweise auf einen Stichtag eingeführt, ab welchem solche Regelungen gelten sollen. Den einen gereicht dies zum Vorteil, den anderen aber auch zum Nachteil. Ich bitte Sie also, sich für eine vorwärts gewandte Korrektur auszusprechen, welche das Gleichbehandlungsgebot nicht verletzt und Bst. b daher nicht erheblich zu erklären.

Abstimmung

- über den Antrag der Motionäre, die Buchstaben a) und b) der Motion erheblich zu erklären.

Der Antrag wird angenommen. Die Motion ist somit erheblich erklärt.

176. Interpellation 20170355, Maurice Rebetez, Fraktion PSR, «"Nuits blanches" – glänzende Idee?»

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Interpellant ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe socialiste: Je remercie le Conseil municipal des réponses apportées à cette interpellation. Cependant, je dois constater qu'un projet devisé à plus de 7 mio. fr. mérite une plus grande attention, essentiellement au niveau de son entretien et de sa pérennité. Même si 15 ans après sa réalisation (sa résiliation serait un joli lapsus), il est certainement temps de penser différemment et de passer à

un autre sujet. L'éclairage en direction du ciel n'étant certainement pas approprié, les recommandations de l'Office fédéral de l'environnement (OFEV) le démontre à juste titre. Ce point n'est pas contesté. Il est à souhaiter qu'il en sera tenu compte dans l'élaboration du nouveau concept. Au point 3 de la réponse, il est très intéressant d'apprendre qu'un nouveau concept a été élaboré, jusqu'à fin 2017. Nous voilà bientôt à fin 2018 et il serait certainement temps d'en présenter les grandes lignes. Savoir qu'une nouvelle installation verra bientôt le jour permettrait à la population biennoise de comprendre le fait que les réverbères ne sont pas réparés ou remplacés, selon l'ampleur des dégâts subis. Mais qui dit "nouveau concept" dit "nouvelles idées", "nouvelles options". Alors qu'en est-il aujourd'hui? Ce nouveau concept, ce nouvel éclairage public sera-t-il alimenté par une énergie verte? Sera-t-il pourvu de LED? Lors de l'inauguration de l'Île de la Suze, il a été pertinemment expliqué que la nouvelle roue à aube rendait l'éclairage des chemins quasi autonome. Ceci est réjouissant et une excellente initiative en soit. En sera-t-il de même pour ce nouvel éclairage public? Y-aura-t-il des études ou autres planifications allant dans le même sens? En alimentant cet éclairage par production d'énergie solaire, par exemple? D'autres part et par rapport à l'état actuel de cet éclairage, il semble qu'une attente de presque deux ans est relativement longue. N'y a-t-il pas moyen de procéder un peu plus rapidement à ce remplacement? Sans réponse à ces différentes interrogations, je ne peux donc être satisfait de la réponse.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Zur Zeit wird ein neues Beleuchtungskonzept erarbeitet. Richtig ist, dass für die Strassenlampen keine Ersatzteile mehr erhältlich sind. Neu werden die Strassenlampen nicht mehr gegen oben Licht abgeben sondern gegen unten. Ausserdem werden sie neu über der Strasse aufgehängt und nicht mehr an den Kandelabern angebracht, die immer wieder beschädigt wurden. Das Projekt wird zu einem späteren Zeitpunkt hier im Stadtrat vorgestellt. Im Moment wird die Ausschreibung vorbereitet. Nach der Vergabe wird der ESB das Projekt dann umsetzen. Geplant ist ein Beleuchtungskonzept mit stromsparenden LED. Sie wissen, dass die Stadt Biel zu 100 % erneuerbare Energie verwendet. Diese wird auch für das neue Beleuchtungskonzept eingesetzt. Solarpanels sind jedoch für dieses Projekt nicht geplant. In das vorgesehene Beleuchtungskonzept lassen sich diese nicht integrieren. Bereits jetzt wird die gesamte öffentliche Beleuchtung der Stadt aus zertifiziertem Ökostrom gespeist. Ein sehr grosser Anteil besteht aus erneuerbarer Energie, darunter auch Sonnenenergie. Ich bin sehr gespannt auf das neue Beleuchtungskonzept.

177. Interpellation 20170393, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Langzeit-Sozialhilfebezüger in Biel»

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Die Interpellantin ist von der Antwort **befriedigt**.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Nachdem der Fall des islamischen Predigers Abu Ramadan in Nidau bekannt wurde, wollte ich wissen, wieviele Leute wie lange Sozialhilfe beziehen. Die Zahlen sind erschreckend. Aus der Antwort des Gemeinderats geht hervor, dass die Menschen in Biel durchschnittlich

während 56 Monaten Sozialhilfe beziehen. Die Hälfte der Sozialhilfebeziehenden hat keine Berufsbildung und die Arbeitslosenquote ist fast doppelt so hoch wie im übrigen Kanton. Das ist eine äusserst beunruhigende Situation. Beispielsweise haben 349 Personen in Biel über mehrere Jahre über CHF 500'000 Sozialhilfe bezogen. Der Ausländeranteil beträgt 66%. Ein weiteres Beispiel: 176 Personen in Biel haben bereits über CHF 700'000 Sozialhilfe bezogen. Der Ausländeranteil hier beträgt ebenfalls 66%. Bei diesen Zahlen stelle ich mir die Frage, wie es dazu kommen konnte? Ich möchte deshalb vom Gemeinderat wissen, was die Gründe für die höhere Sozialhilfequote bei AusländerInnen ist? Ist die Quote der AsylbewerberInnen und Flüchtlingen bekannt? Ich danke für die Beantwortung meiner Fragen.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Allgemein bekannt ist, dass die Stadt Biel eine andere Ausländerstruktur aufweist als beispielsweise die Stadt Zug. Festzuhalten ist, dass AusländerInnen in Biel generell mangelnde Sprachkenntnisse aufweisen. Viele MigrantInnen verfügen nicht über das erforderliche Bildungsniveau für offene Arbeitsstellen. Wenn überhaupt, arbeiten sie meist in Niedriglohnbereichen. Das Risiko, die Stelle zu verlieren, ist in diesen Branchen besonders hoch. Bei den Asylbewerbenden gibt es je nach Herkunftsland Unterschiede. Es existiert aber keine detaillierte Übersicht. Die Sozialhilfequote unter den Asylbewerbenden ist jedoch sehr hoch. Bei den EritreerInnen sind beispielsweise über 95% sozialhilfeabhängig. Generell liegt die Sozialhilfequote bei den Asylbewerbenden aber bei über 80%.

178. Interpellation 20180036, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Sanktionen bei fehlender Kooperation»

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Die Interpellantin ist von der Antwort **befriedigt**.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Im Zusammenhang mit der NHS-Debatte (nachhaltige Haushaltssanierung) wurden Sanktionsmassnahmen bei fehlender Kooperation von Sozialhilfebeziehenden beschlossen. Die NHS-Debatte liegt ist nun schon eine Weile zurück. Ich möchte deshalb wissen, wie sich die verstärkten Sanktionsmassnahmen ausgewirkt haben. Dazu ein kurzes Zahlenbeispiel: Im Jahr 2017 erfolgten insgesamt Kürzungen von über drei Millionen, davon gut eine Million aufgrund von Sanktionsmassnahmen. In der Gesamtbetrachtung machen die Kürzungen im Verhältnis zu den Gesamtleistungen von rund CHF 100 Mio. somit rund 3 % aus. Für mich sind die Antworten des Gemeinderats daher nachvollziehbar und ich bedanke mich dafür.

179. Dringliche Interpellation 20180120, Titus Sprenger und Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Revision der Stadtordnung: Volksbefragung zum Doppelmandat-Verbot»

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort **nicht befriedigt**.

Sprengr Titus, Passerelle: Es geht den InterpellantInnen nicht um ein Doppelmandatsverbot an sich, sondern um die Art und Weise, wie die Bevölkerung zu diesem Thema befragt wird. Die Debatte über das Doppelmandatsverbot wird dann allenfalls später im Rahmen der Diskussionen zur neuen Stadtordnung erfolgen. Warum der Gemeinderat in seiner Beantwortung einleitend einen Blick zurück wirft und aus zehnjährigen Medienmitteilungen zitiert, erschliesst sich uns InterpellantInnen nicht. Soll damit angedeutet werden, dass damals einige der Unterzeichnenden der Passerelle-Initiative "*Für einen 100% igen Einsatz der Gemeinderäte im Dienste der Stadt*" Zweifel an einem Doppelmandatsverbot hatten? Ebenfalls erwähnenswert wäre dann aber auch gewesen, dass damals 64 % des Stimmvolks keine Zweifel hatten... Sie trugen damit dazu bei, dass diese erste Bieler Volksinitiative der Passerelle angenommen wurde. In der vorliegenden Interpellation geht es um Fragen für die zukünftige Regelung. Es ist irritierend, dass der Gemeinderat die Auffassung vertritt, einem "Antrag" der Begleitkommission zur Totalrevision der Stadtordnung (RSO) gefolgt zu sein. Der Begleitkommission ging es darum, im vorgelegten Factsheet die Argumente für und gegen Doppelmandate ausgewogen zu halten. Sie schlug deshalb vor, den dritten Punkt der Argumentation zu streichen ebenso wie den letzten, tendenziösen Absatz. Das Factsheet 4.4 auf das der Gemeinderat verweist, enthält jedoch zwei Argumente für ein Verbot und drei dagegen. Dem Antrag der RSO wurde somit nicht gefolgt. Damit kann von "Ausgewogenheit" nicht die Rede sein. Die im letzten Absatz des Factsheets erwähnte "*Regelung mit Augenmass*" ist tendenziös formuliert. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die heutige Regelung des Doppelmandatsverbots Augenmass vermissen lasse. Diesen Vorwurf würde ich dem Souverän nicht unterstellen wollen. Die erste Frage nach der Gewichtung des Themas Doppelmandate wurde somit nicht zufriedenstellend beantwortet.

Die zweite Frage, weshalb kein einziges negatives Argument zu den Doppelmandaten erwähnt wurde, sind die InterpellantInnen der Ansicht, dass der Gemeinderat sich in der Formulierung in seiner Antwort vertan hat. Dank der Likert-Skala kann ein negativ und nicht ein positiv formuliertes Argument ohne weiteres mit "gar nicht einverstanden" beurteilt werden. Der Gemeinderat hat keine schlüssige Antwort geliefert. Nach sechs positiv formulierten Punkten zu Doppelmandaten sind die Befragten derart weichgeklopft, dass von vielen keine neutrale Antwort mehr erwartet werden kann (steter Tropfen höhlt den Stein...).

Bei der dritten Frage hätten wir eine politische Einschätzung des Gemeinderats erwartet und nicht eine Antwort, die anmutet, als hätte sie gfs Bern verfasst. Sie bleibt somit ebenfalls unbeantwortet. Den Befragten wird eine Reihe von Suggestivfragen gestellt, was dann aus wissenschaftlicher Sicht als repräsentativ bezeichnet wird. Die Quittung folgt aber spätestens an der Urne. Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt, wie sich unschwer erkennen lässt.

Abschliessend noch eine Klarstellung: Wir von der Passerelle sind für einen offenen, tabulosen Dialog im Prozess für die Totalrevision der Stadtordnung. Dazu gehört die Frage der Doppelmandate. Ein Dialog ohne Tabus kann nur stattfinden, wenn er von den Organisierenden unvoreingenommen geführt wird. Dies scheint uns aufgrund der Art der Fragestellung nicht der Fall gewesen zu sein.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Jetzt schlägt es elf, meine Damen und Herren! Aufgrund dessen verzichte ich darauf, ein Statistikseminar, ein Mathematikseminar oder ein Methodologieseminar durchzuführen. Herr Sprenger, dass sich unsere Ansichten in dieser Sache unterscheiden, ist zweifellos eine Tatsache. Gfs ist ein renommiertes Institut, das die einzelnen Fragen und die ganze Befragung wissenschaftlich korrekt begleitet. Diejenigen, die am Prozess beteiligt waren, wissen, dass die Fragen nicht einfach nach Belieben ausgewählt wurden. Die Bevölkerungsbefragung war ein Erfolg! Es wurde mitgemacht und herrschte eine positive Grundeinstellung. Diese gute Erfahrung hat durchaus Vorbildcharakter. Für ein derartiges Vorgehen sind Fachleute unumgänglich. Vielleicht sind Sie in dieser Sache ein besserer Fachmann als ich. Das Referenzinstitut ist jedoch Gfs Bern und dessen Regeln sind in diesem Prozess befolgt worden. Sie haben erwähnt, Herr Sprenger, dass die Argumente für und gegen Doppelmandate nicht ausgewogen ausgefallen seien. Ich entgegne Ihnen Herr Sprenger, "ausgewogen" heisst nicht "paritätisch".

180. Motion 20180035, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Bau einer Velo- und Fussgängerunterführung an der Madretsch-/Mettstrasse (Umsetzung der angenommenen Motion aus dem Jahr 1986)»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: 1986 war ich noch gar nicht auf der Welt, als eine Motion des damaligen Stadtratmitglieds Martin Widmer erheblich erklärt wurde. Wäre diese in der Zwischenzeit umgesetzt worden, hätten wir heute weniger Probleme. Die Motion verlangte, dass bei der Unterführung an der Madretsch-/Mettstrasse eine separate Unterführung für Velofahrende und Fussgänger gebaut wird. Damit würde sichergestellt, dass der Verkehr fliesst und die Sicherheit für Velofahrende und FussgängerInnen verbessert wird. Der Vorstoss wurde damals einstimmig angenommen und überwiesen, allerdings nach ein paar Jahren wieder abgeschrieben. Mittlerweile wurde eine Verkehrsampel installiert und die Unterführung ist fortan nur noch im wechselseitigen Einbahnverkehr passierbar. Für die Velofahrenden ist die neue Verkehrsführung nicht wirklich sicherer, wie ich selber feststellen musste. Neben dem Bus durch die Unterführung zu fahren ist nicht möglich. Die Velofahrenden müssen hinter dem Bus her fahren. Vor der Einmündung zur Unterführung schneidet der Bus den Velo- und Autofahrenden regelmässig den Weg ab, was häufig zu brenzligen Situationen führt. Mit einer separaten Unterführung könnte die Situation deutlich entschärft werden. Eine parallele Unterführung wäre im Übrigen nichts Neues. In Studen wurde neben der Kantonsstrasse eine separate Unterführung unter der Autobahn hindurch für den Fuss- und Veloverkehr gebaut. Die Antwort des Gemeinderats ist daher eine Frechheit. Weder wurde auf das Anliegen der Motion eingegangen noch wurden ernsthafte Überlegungen angestellt. Einziges Ziel der neuen Ampelanlage ist die Behinderung des motorisierten Individualverkehrs (MIV)! Durch den erzwungenen Umweg leidet vor allem das Gewerbe. Die Taxifahrten werden teurer und die Anwohnerschaft versinkt im künstlich erschaffenen Stau. Lassen Sie uns den Engpass auflösen und endlich eine separate Unterführung für den Velo- und Fussverkehr realisieren. Soweit mein Appell an die Velofahrenden im Stadtrat: Jetzt

haben Sie Gelegenheit, für echte Sicherheit zu sorgen. **Ich beantrage deshalb, die Motion erheblich zu erklären.**

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Wir von der Fraktion SP/JUSO finden es interessant, dass Frau Schneider und die Fraktion SVP/Die Eidgenossen eine Unterführung für Velo- und Fussverkehr verlangen und sie bereit sind, dafür viel Geld - wahrscheinlich im Millionenbereich - auszugeben. Was auf den ersten Blick Sinn macht, stellt sich auf den zweiten Blick als völlig falsch heraus. Das Ziel des Vorstosses ist offensichtlich: Der Velo- und Fussverkehr soll aus der heutigen Unterführung verbannt werden, damit die Autofahrenden die Unterführung wieder in beide Richtungen befahren können und die Ampel abgebaut werden kann. Es ist also nicht in erster Linie eine Investition in den Fuss- und Veloverkehr, vielmehr soll für die Autofahrenden investiert werden, damit sie einige Sekunden weniger lang warten müssen. Diese "Subvention" torpediert letztendlich das demokratisch beschlossene Ziel, den innerstädtischen MIV nicht weiter ansteigen zu lassen. Dafür ist die SVP bereit, viel Geld aus dem Fenster zu werfen, obwohl sie sonst bei jeder Gelegenheit - auch heute wieder - sparen will. Dank der verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) ist die geforderte Unterführung für den Fuss- und Veloverkehr kein grosser Gewinn mehr. Da aktuell der MIV alternierend geführt wird und zwei Velostreifen angebracht wurden, konnte die Sicherheit für die Velofahrenden massiv erhöht werden. Aber, liebe KollegInnen, es besteht weiterhin Potential, die Sicherheit der Nutzenden in der Unterführung zu verbessern. Beispielsweise könnte der Veloweg von der MIV-Fahrbahn durch einen Absatz abgehoben und getrennt werden. Dadurch würde die Unterführung für den Veloverkehr noch sicherer. Gerne würde ich von der Baudirektorin hören, wie Sie zu diesem Verbesserungsvorschlag steht. Der Vorstoss von Frau Schneider kommt einer Subvention für den Autoverkehr gleich. Dass die SVP für den MIV Millionen aus dem Fenster werfen will, in allen anderen Bereichen jedoch sparen will, halten wir von der Fraktion SP/JUSO für völlig verfehlt. Die Fraktion SP/JUSO wird deshalb dem Gemeinderat folgen und die Motion nicht erheblich erklären.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der vorliegende Vorstoss ist interessant und hilfreich bei der Aufarbeitung der Geschichte. Für die Beantwortung wurde das Archiv aus den Achtzigerjahren durchforstet. 1999 wurde die Motion Widmer abgeschrieben. Damals war der Stadtrat - auch wieder einstimmig - der Meinung, dass die vorgesehene Lösung untauglich ist. Der Gemeinderat hatte vorgeschlagen, dass an der Nordseite der Unterführung ein Tunnel gebaut wird. Dort hätten die Velofahrenden in Richtung Stadt und die FussgängerInnen verkehren können. Dadurch wäre nordseitig das Trottoir weggefallen und es wäre genug Platz für einen Velostreifen vorhanden gewesen. Heute wird der Velostreifen beidseitig geführt. Die damaligen Motionäre wollten aber nicht nur eine Unterführung, sondern deren zwei, auf beiden Seiten der Unterführung. Bei nur einer zusätzlichen Unterführung hätten die FussgängerInnen die Strasse überqueren müssen, was sie als zu gefährlich erachteten. Der Gemeinderat investierte damals CHF 120'000 in eine Machbarkeitsprüfung und berechnete die Kosten für zwei Unterführungen auf CHF 9 Mio. Aus heutiger Sicht erachtet der Gemeinderat diese Massnahme als überteuert und wenig zielführend. Wie bereits vom Vorredner erwähnt, sind auch für den Gemeinderat die hinter dem Vorstoss stehenden Überlegungen klar. Das Ziel der Motion ist die Verkehrsführung des Autoverkehrs in beide Richtungen. Der Stadtrat hat jedoch beschlossen, die vfM als Teil des Ostast-Ausführungsprojekts beizubehalten. Trotz der heute geltenden wechselseitigen Verkehrsführung mit einer Ampel müsste eine zusätzliche Unterführung gebaut werden. Deren zusätzlichen Nutzen nicht ersichtlich

ist. Die heutige Lösung ist mit dem damaligen Ziel, nämlich der Schaffung eines Velostreifens, weit kostengünstiger umgesetzt. Für FussgängerInnen wurde die Sicherheit ebenfalls erhöht, da der Autoverkehr nicht mehr direkt am Trottoir entlang geführt wird, sondern durch den Velostreifen auf Abstand gehalten wird. Was die Frage und den Vorschlag von Herrn Koller betrifft, so sind nach Umsetzung aller verkehrlichen Massnahmen im Rahmen der vFM bauliche Massnahmen geplant. Die Baudirektion wird sich mit der Frage beschäftigen, wie die Unterführung mit baulichen Massnahmen noch sicherer ausgestaltet werden kann. Wie die detaillierte Lösung aussehen wird, kann ich Ihnen heute aber noch nicht sagen. Ich danke für die Unterstützung des gemeinderätlichen Antrags, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Abstimmung

- Über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, die Motion erheblich zu erklären.

Der Antrag wird abgelehnt, die Motion ist somit nicht erheblich erklärt.

181. Postulat 20180069, Martin Scherrer, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «City Tree für Biel?»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Bei einem City Tree handelt es sich um grosse Stelen von 3 x 4 Meter und 50 - 80 cm Tiefe, die beidseitig mit Moos und Flechten bepflanzt werden. Da die Pflanzen Schadstoffe binden, wird dadurch die Luftqualität verbessert. Gemäss Hersteller hat ein City Tree dieselbe Wirkung wie bis zu 275 Bäume. Warum kommt ein derartiger Vorstoss von der SVP? Mir persönlich gefallen solche neuen Technologien. Der Gemeinderat sieht das aber offenbar anders. Für ihn kommt der Vorstoss wahrscheinlich von der falschen Seite. Ich habe gehofft, dass der Gemeinderat das vorliegende Postulat seriös prüft und offen ist. Die Beantwortung hinterlässt bei mir jedoch das Gefühl, dass das Anliegen gar nicht ernsthaft geprüft wurde. Der Gemeinderat begründet seine Ablehnung damit, dass das Projekt nicht wirtschaftlich sei. Die Investitionskosten beliefen sich auf CHF 60'000 zuzüglich CHF 2'500 pro Jahr für den Unterhalt. Über zehn Jahre ergäbe dies die Summe von CHF 8'500 pro Jahr. Unter Berücksichtigung des Wirkungsgrads ist ein solches Projekt nicht teuer und somit dürfte auch nicht behauptet werden, dass es die Stadtkasse ausserordentlich stark belastet. Ich schlug in meinem Vorstoss zudem vor, für die Finanzierung ein Sponsoring zu prüfen. Einige Firmen wären sicher bereit, den Betrag von CHF 8'500 zu übernehmen. Das Argument, dass die APG das alleinige Plakatierungsrecht in der Stadt Biel hat, ist für mich nicht nachvollziehbar. Es sollen keine Werbeplakate angebracht werden. Ein Werbeschriftzug könnte in die Bepflanzung integriert werden. Oberhalb der Pflanzen könnte eine Tafel angebracht werden wie "Sponsored by XX". Ich bin überzeugt, dass sich für einen Blickfang wie einem City Tree Sponsoren finden liessen. Die Stadtkasse würde dadurch entlastet.

Falls mit der APG wirklich ein Vertrag abgeschlossen wurde, der sämtliches Sponsoring auf öffentlichem Grund und Boden verbietet, sollte vielleicht der Vertrag angepasst werden. Es kann nicht sein, dass Sponsoring nicht möglich ist. Was den Vandalismus anbelangt: Alle öffentlichen Einrichtungen können von Vandalismus betroffen sein. Sollen jetzt alle städtischen Toiletten abgerissen werden? Das Gewicht der City Trees (1'500 kg) stellt für die Bodenstatik kein Problem dar. In der Stadt stehen unzählige Bauten, die schwerer als 1,5 Tonnen sind. Das Argument, ein City Tree sei ein Sicherheitsrisiko, da nicht ersichtlich ist, was sich hinter diesem verberge, ist nicht nachvollziehbar. Ein City Tree muss nicht in einer Ecke platziert werden, sondern kann auch mitten auf einem Platz aufgestellt werden. Aus diesen Gründen finde ich, dass das vorliegende Postulat nicht seriös geprüft wurde. **Ich bin mit der Erheblicherklärung einverstanden, jedoch nicht mit der Abschreibung.** Ich wollte bewusst den City Tree nicht mit echten Bäumen vergleichen. Es geht nicht darum, mit dem City Tree zweihundert Bäume weniger zu pflanzen. Ein City Tree ist auch ein gutes Marketinginstrument, weil er auffällig und neu ist. Aus der Stadt Biel wäre dies ein positives Signal. Ich danke für die Unterstützung meines Antrags.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Was steckt hinter der Bezeichnung "City Tree"? Ich fasse nachfolgend meine Erkenntnisse aus Recherchen im Internet zusammen: Forscher haben bereits vor einigen Jahren eine Luftfilterfunktion von Moosen nachgewiesen. Eine Kombination von mehreren Faktoren macht das Moos zum natürlichen Luftreiniger. Moos besteht aus unzähligen kleinsten Blättchen, welche nicht nur eine sehr grosse Oberfläche bilden, sondern durch die negative Ladung positiv geladene Mikropartikel wie beispielsweise Stickstoff und Kohlenstoffdioxid anziehen. Die Feinstaubbestandteile dienen als wichtiger Nährstoff für die Moose. Da ist es nicht verwunderlich, dass Start-ups und Städte zunehmend Ideen für den Einsatz von Mooswänden gegen die hohe Feinstaubbelastung entwickeln. Die Hilfe der Vegetation bringt jedoch nur dann etwas, wenn parallel dazu die CO²-Emissionen weltweit drastisch gesenkt werden. Es gibt keine Alternative zur drastischen Verringerung des Ausstosses von Treibhausgasen. Pflanzungen können dabei eine begrenzte, aber wichtige, Rolle spielen, wenn sie gut gepflegt werden.

Kann ein City Tree wirklich 275 Bäume ersetzen? Diese mit Moos befüllten, zirka vier Meter hohen Wände, die mit Folien, Schildern, LED-Bildschirmen und sogar WLAN ausgestattet werden können, stehen inzwischen in den Innenstädten von Berlin, Oslo und Hongkong. Übrigens steht sogar einer am Bahnhof in Neuenburg. Sie können ihn dort begutachten - er ist meiner Meinung nach scheusslich. In einigen Städten haben Spinnmilben den Moosen bereits den Garaus gemacht. Als der weltweit erste Biotechfilter zur nachweisbaren Verbesserung der Luftqualität preist die Berliner Start-up-Firma "Green City Solutions" das Produkt an. Eine grüne Technologie, die den Feinstaub frisst, wäre aus Sicht der Fraktion Grüne zu begrüßen. Allerdings muss die Lösung praxistauglich sein. Der Hersteller versprach eine Reinigungsleistung der Luft, die derjenigen von 275 Bäumen entspricht. Ein City Tree besteht nach Angaben der Erfinder aus 1'682 Töpfen mit Moos und Deckpflanzen und ist angeblich in der Lage, den Feinstaub von etwa 400 Autos pro Tag aufzunehmen. Die Vergleichszahlen sind seit einiger Zeit aus der Webseite entfernt worden. Anscheinend sind die tatsächlichen Werte um einiges tiefer oder gar nicht bezifferbar. Es ist auch eine Frage des Standortes, wie ein City Tree sich entfalten kann. Ausserdem spielen Luftströmungen, Temperaturen, Verkehrsaufkommen, Sonneneinstrahlung und viele Faktoren mehr eine Rolle. Die ominöse Zahl von 275 Bäumen ist kaum nachprüfbar. Wie gross ist ein

solcher "Referenzbaum"? Ist es ein riesiger Kastanienbaum wie derjenige an der Obergasse in der Altstadt? Er spendet im Sommer Schatten und bietet vielen Tieren eine Wohnstätte (und damit meine ich nicht die Spinnmilben). Kann ein Hightechobjekt wie der City Tree einen Stadtbaum wirklich ersetzen? Ein einziger Baum von der Grösse wie derjenige an der Obergasse leistet sicher mehr als ein City Tree. Der Erfinder des City Trees erklärt, dass das Moos auf den Wänden, geschützt von Deckpflanzen, Feinstaub und Stickoxide bindet und gleichzeitig die Luft kühlen würde. Das trifft sicherlich zu. Die Frage bleibt, in welchem Ausmass? Entspricht der Wirkungsgrad einer 40 qm grossen Mooswand tatsächlich demjenigen von 275 Bäumen? Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) in Essen, Deutschland hat seine Zweifel. Die Pressesprecherin des LANUV, Birgit Kaiser de Garcia hält fest, dass die Filterwirkung überschätzt werde. Auch wenn sie planmässig funktionieren würde, könnten die City Trees das Problem nicht lösen. Weiter äusserte sie sich, dass es bisher keinen wissenschaftlichen Nachweis gäbe, dass die Pflanzen und Moose Feinstaub und Stickstoffdioxid filtern würden. Auf Labortests allein könne man sich nicht verlassen. Die Berliner Herstellerfirma hat inzwischen eine zweijährige Messaktion angekündigt. An sechs City Trees in Italien soll die Wirksamkeit endlich überprüft werden. Da hat es vorerst mit City Trees in Biel/Bienne keine Eile. Ausserdem ist unklar, ob das Verhältnis von Kosten und Nutzen stimmt. Herr Scherrer, hat die Fraktion SVP/Die Eidgenossen vielleicht schon einige Sponsoren aus der heimischen Wirtschaft auf einer Warteliste? Aus den erwähnten Gründen bitte ich Sie, das vorliegende Postulat abzuschreiben.

Cadetg Leonhard, FDP: Da ich nach den Erläuterungen meiner Vorrednerin nicht mehr als Biologielehrer auftreten kann, spreche ich für die Fraktion FDP. Die City Trees sind noch in der experimentellen Phase. Die Idee ist grundsätzlich interessant, die Stadt Biel kann sich jedoch im Moment keine Experimente leisten. Hingegen hat die Fraktion FDP eine Vision, die wir gerne der zuständigen Gemeinderätin ins Nestchen, respektive Körbchen, legen möchten. Wie wäre es mit einem Versuch der Stadtgärtnerei, die Nordseite der südlichen Mauer beim Schüsskanal mit Moos oder anderen derartigen Pflanzen zu begrünen? Das Moos gedeiht übrigens auf der Nordseite meines Daches ausserordentlich gut und die Gefahr von Milben besteht nicht. Stellen Sie sich den schönen Anblick entlang der Schüss vor.... *(Gelächter)*

Gugger Reto, BDP: Im Bieler Tagblatt erschien vor zirka einem Monat ein Artikel, in welchem der Gemeinderat die Wirksamkeit von City Trees bezweifelt. Ich habe daraufhin selber auch im Internet recherchiert und stiess dabei wohl nicht auf dieselben Websites wie meine Vorrednerin. Das Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz fand heraus, dass der grossflächige Besatz mit Moos grosse Mengen an Kohlendioxid bindet und so das Klima beeinflusst. Die hinter dem Projekt City Tree stehenden Personen sind vier studierte Fachleute mit Abschlüssen in Biologie, Architektur, Informatik und Maschinenbau. Das Projekt hat seit 2015 bereits 16 Auszeichnungen gewonnen. Ich persönlich denke, dass ein City-Tree vor allem im Winter 1'000 Bäume ersetzen kann. In unserer Stadt stehen hauptsächlich Laubbäume. Im Herbst werfen diese ihr Laub ab und können somit im Winter nicht "arbeiten" und die Luft filtern. Gleichzeitig ist die Luftbelastung im Winter aber besonders hoch. Die Heizungen produzieren mehr Feinstaub als in der wärmeren Jahreszeit. Heizungen mit Holzschnitzel und Pellets führen zu zusätzlicher Luftbelastung. Ich hätte grosse Lust, das Experiment mit dem City Tree in Biel zu wagen. Der City Tree muss nicht auf dem Bahnhof- oder Zentralplatz stehen. Ein Standort an einer Durchfahrtsstrasse

beispielsweise beim städtischen Werkhof wäre besser. Ich persönlich werde Herrn Scherrer dabei unterstützen, das Postulat nicht abzuschreiben.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich kannte City Tree nicht, kann Ihnen aber versichern, dass der Vorstoss seriös geprüft wurde. Ich habe auch manchmal den Ehrgeiz, zu den Ersten zu gehören und etwas zu wagen. In der Schweiz steht erst ein City Tree. Die Abklärungen wurden sorgfältig getätigt. Der Kontakt mit den Herstellern, "Green City Solutions" war aber ernüchternd. Referenzen wurden keine genannt. Berechnungen und Vergleiche mit Bäumen waren keine einbringlich. Auch zum Lärmschutz lagen keine Auswertungen vor. Wie Herr Cadet bemerkt hat, steckt das Projekt noch in einer sehr experimentellen Phase. Es sind sehr wenig Daten vorhanden. Auf der anderen Seite stehen Kosten für Anschaffung und Wartung, aber auch ein durchschnittlicher Wasserverbrauch von 30'000 Litern pro Jahr an. Die städtischen Bäume werden nur nach der Anpflanzung bewässert, nachher nicht mehr. Auf schriftliche Nachfrage bei der Herstellerfirma haben wir folgende Antwort erhalten: *"Bäume sind in ihrer natürlichen Ästhetik und generellen Umweltwirkung eine mit City Trees nicht zu vergleichende wichtige und unbedingt im städtischen Bereich zu planende und pflegende Komponente. City Trees eignen sich immer dort gut, wo es auf eine grosse Umweltleistung zur Luftschadstoffreduktion ankommt und auch dann, wenn wenig Platz zur Verfügung steht."* In der Stadt Biel ist genügend Platz für richtige Bäume vorhanden. In der Beantwortung erwähnt der Gemeinderat, dass in den letzten Jahren hunderte Bäume gepflanzt wurden. Der Stadtrat hat Projekten mit richtigen Bäumen bisher immer zugestimmt. Bäume im öffentlichen Raum erfüllen ästhetische, klimatische und emotionale Aspekte. Der Gemeinderat ist deshalb überzeugt, dass die Platzverhältnisse in Biel es zulassen, echte Bäume dem City Tree vorzuziehen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und das Postulat abzuschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird angenommen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Damit beende ich die heutige Sitzung. Ich danke für das Ausharren und wünsche allen ein schönes Wochenende.

182. Neueingänge

20180282	Interpellation urgente Christiane Vlaiculescu-Graf, PSR	BEU
	Politique énergétique de la Ville Energiepolitik der Stadt Biel	
20180283	Interpellation interpartis urgente Pascal Bord, PRR, Glenda Gonzalez, PSR, Dana Augsburg-Brom, SP, Stefan Kaufmann, FDP, Olivier Wächter, UDC, Myriam Roth, Les Verts	BKS
	Garantir la pérennité du modèle biennois de formation professionnelle par immersion Die Nachhaltigkeit des Bieler Modelles im Bereich der professionellen Ausbildung durch Immersion gewährleisten	PRA
20180284	Interpellation urgente Olivier Wächter, UDC	STK
	Soutien financier de la ville de Bienne envers le Lakelive festival Finanzielle Unterstützung des Lakelive Festivals durch die Stadt Biel	PRA DSS
20180285	Interpellation urgente Mamadou Diop, Groupe PSR	BKS
	À quand les tablettes pour les élèves de la ville de Bienne? Wann werden die Bieler Schüler und Schülerinnen mit Tablet-Computern ausgerüstet werden?	FID
20180286	Dringliches überparteiliches Postulat Anna Tanner, SP, Glenda Gonzalez, PSR, Reto Gugger, BDP, Max Wiher, GLP, Cécile Wendling, FDP, Lena Frank, Grüne (Kulturgruppe Stadtrat)	BEU
	Zustupf für den «Chessu»-Umbau Coup de pouce à la transformation de la Coupole	PRA FID BKS
20180287	Dringliches überparteiliches Postulat Daniela de Maddalena, Fraktion Grüne, Muriel Günther, SP, Peter Heiniger, PdA, Glenda Gonzalez, PSR	BEU
	Anpassung Toilettenanlage Strandboden an heutige Bedürfnisse Adaptation des toilettes des Prés-de-la-Rive aux besoins actuels	
20180288	Motion Thomas Brunner, EVP	FID
	Schuldenabbau zur Verminderung des Zinsrisikos zulasten künftiger Generationen Désendettement pour réduire le risque d'intérêts à payer pour les générations futures	

20180289	Motion Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen	SRB
	Keine Ratsdebatten mehr bei Interpellationen Plus de débats au Parlement concernant les interpellations	GR
20180290	Postulat Mohamed Hamdaoui, Groupe PSR	PRA
	Un arrêt de bus «Vieille Ville» Eine Bushaltestelle namens «Altstadt» schaffen	
20180291	Postulat interpartis Mohamed Hamdaoui, PSR, Daniela de Maddalena, Grüne, Sandra Schneider, SVP, Reto Gugger, BDP, Max Wiher, GLP, Titus Sprenger, Passerelle, Peter Heiniger, PdA	PRA
	Pas de prosélytisme sur nos bus! Kein Proselytismus auf unsere Busse!	
20180292	Postulat Mohamed Hamdaoui, Groupe PSR	BEU
	Place de la gare: une piscine ou une patinoire ? Bahnhofplatz: Freibad oder Eisbahn?	PRA
20180293	Überparteiliches Postulat Titus Sprenger, Passerelle, Luca Francescutto, UDC	FID
	Kongresshaus- und Altstadt-Parking: Beschränkung des Zugangs auf berechnigte Personen Parkings du Palais des Congrès et de la Vieille Ville: limitation d'accès en faveur des personnes autorisées	DSS
20180294	Postulat Titus Sprenger und Ruth Tennenbaum, Passerelle	BEU
	Nette Toilette / Toilettes accueillantes: Verpflichtung für Gastrobetriebe in städtischen Liegenschaften Nette Toilette / Toilettes accueillantes: obligation pour les restaurateurs dans les bâtiments municipaux	PRA FID
20180295	Überparteiliches Postulat Titus Sprenger, Passerelle, Sandra Gurtner-Oesch, GLP	FID
	Betrieb der Anlagen der Parking Biel AG: Überprüfung der Betriebsorganisation Exploitation des installations de la société Parking Bienne S.A.: vérification de l'organisation	PRA
20180296	Postulat Titus Sprenger und Ruth Tennenbaum, Passerelle	DSS
	Städtische Parkierungsanlagen: Vergünstigung für Anwohner/-innen Parkings municipaux: rabais pour riverains et riveraines	PRA FID
20180297	Überparteiliches Postulat Reto Gugger, Pascal Bord, PRR, Bernhard Leuenberger, FDP	DSS
	Auflösung Mietfachstelle Suppression du Service spécialisé des locations	

20180298	Postulat Mamadou Diop, Groupe PSR	BEU
	Plus de sécurité au niveau du Canal «Quai du Haut» Mehr Sicherheit beim Kanal am Oberen Quai	
20180299	Postulat Susanne Clauss und Anna Tanner, Fraktion SP/JUSO	BKS
	Genügend Kinderbetreuungsplätze Places d'encadrement en nombre suffisant pour les enfants	
20180300	Interpellation Levin Koller und Miro Meyer, JUSO, Muriel Günther, SP	PRA
	Wird der geliebte Bieler Chessu durch ein profitorientiertes Hotel verdrängt? Est-ce que la Coupole biennoise, appréciée, va être évincée par un hôtel axé sur le profit?	BKS
20180301	Überparteiliche Interpellation Titus Sprenger, Passerelle, Julien Stocker, GLP, Pascal Bord, PRR, Urs Scheuss, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, Peter Heiniger, PdA	PRA
	A5-Westast – technischer Varianten-Vergleich: Diskriminierung der frankophonen Bevölkerung Contournement Ouest par l'A5 – comparaison des variantes techniques: discrimination de la population francophone	
20180302	Überparteiliche Interpellation Ruth Tennenbaum, Passerelle, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Dana Augsburg-Brom, Fraktion SP/JUSO, Glenda Gonzalez, Groupe PSR, Sandra Gurtner-Oesch, Fraktion GLP, Pascal Bord, Groupe PRR, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen	PRA
	Arbeitsausfälle durch längere Krankheit in der Stadtverwaltung Interruptions de travail dues à des longues maladies dans l'Administration municipale	BKS
20180303	Interpellation Pierre Ogi, PSR	DSS
	Sécurité des piétons sur les trottoirs Sicherheit für die Fussgänger auf den Trottoirs	
20180304	Interpellation Urs Külling und Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO	PRA
	Neuer Spitalstandort Nouveau site pour le Centre hospitalier	
20180305	Interpellation Urs Scheuss, Grüne	DSS
	Rückgang der Parkkarten für Anwohnende: Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat Moins de cartes de stationnement pour riverains et riveraines: quelles conséquences le Conseil municipal en tire-t-il?	PRA BEU

**20180306 Interpellation Veronika Schneider, Fraktion SVP/ BKS
Die Eidgenossen**

Gefahr für Kinder und Jugendliche durch Spritzen von DSS
Drogensüchtigen auf dem Schulhof Rittermatte und
Wildermethmatte

Risques encourus par les enfants et les jeunes dus aux
seringues de drogués abandonnées dans les cours des
écoles aux Prés Ritter et Prés Wildermeth

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:35 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane